

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Köln: Gegen die Unterfinanzierung der offenen Ganztageschulen!

- *Wahlen in der Türkei – S. 3*
- *Chance für eine progressive, linke Mehrheit im Kölner Rat – S. 10*
- *Billig, billiger, Deutsche Post AG – S. 14*
- *Linke-Parteitag: Gysi tritt in die zweite Reihe / Kommunalpolitische Leitlinien verabschiedet – S. 16*
- *Hamburg: Bürgerschaftsreferendum beschlossen – ein Schachzug gegen die direkte Demokratie – S. 20*

Ausgabe Nr. 6 am 11. Juni 2015, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln.
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Wohlfahrtsverband: Sanktionen abschaffen

www.der-paritaetische.de, 2.6. Der Paritätische Wohlfahrtsverband spricht sich für einen vollständigen Verzicht auf die Sanktionen im SGB II und eine weitgehende Reform der Arbeitsgelegenheiten aus. Das Prinzip des „Förderns und Forderns“ in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist insbesondere aufgrund der starken Kürzungen der Mittel für die aktive Arbeitsförderung in ein massives Ungleichgewicht geraten. Bei einer Förderquote von mittlerweile nur noch 9 Prozent und einer Vermittlungsquote von gerade einmal 14 Prozent erhalten die in der Grundsicherung für Arbeitssuchende lebenden Menschen keine ausreichenden Perspektiven. Gleichzeitig senken die Sanktionen die Leistungen häufig unter das soziokulturelle Existenzminimum ab. Vor diesem Hintergrund hat der Paritätische auch den Beschluss des Sozialgerichts Gotha aus der letzten Woche begrüßt, mit dem das Gericht die bestehenden Sanktionsregelungen für verfassungswidrig hält und das Bundesverfassungsgericht angerufen hat (siehe auch Meldung Seite 8). Ebenfalls vor dem Hintergrund der Diskussion um eine Reform des SGB II spricht sich der Paritätische für eine Neugestaltung der Arbeitsgelegenheiten gem. § 16 d SGB II aus. Arbeitsgelegenheiten sollen niemals mehr als Test zur Überprüfung der Arbeitsbereitschaft oder zwangsweisen Aktivierung eingesetzt werden. Leistungsberechtigte sollen nicht herangezogen werden, um eine „Gegenleistung“ für die erhaltene finanzielle Unterstützung zu gewähren. Sehr arbeitsmarktfremde Personen (z. B. wohnungslose Menschen, psychisch beeinträchtigte Personen, Haftentlassene, sozial benachteiligte Personen) können vielmehr das Angebot der Arbeitsgelegenheit auf freiwilliger Basis zur Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit nutzen. Der Paritätische spricht sich für eine konsequente und direkte Beteiligung von Erwerbslosen (z. B. durch Arbeitsloseninitiativen) in der lokalen Beiratsarbeit und Mitwirkung an der örtlichen Ausgestaltung der Arbeitsgelegenheiten aus.

Schlechte Nachrichten

Politische verfestigte Militärgrenze im Osten und Zurüstung für Interventionskriege überall und rundum

FAZ, 9.6., <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO/arktis.html>. maf. Das Nachfolgergerät der Leopard-Panzer wird per Kooperation der französischen und deutschen Rüstungsindustrie entwickelt. Krauss-Maffei Wegmann (KMW) soll noch in diesem Jahr mit dem französischen

Rüstungskonzern Nexter Systems fusionieren. Die Anforderungen an die Neuentwicklung werden bislang nicht öffentlich diskutiert. Sie soll um 2030 einsatzbereit sein.

Aufrüstung ist nicht nur und nicht einmal in erster Linie ein technisches Problem. In diesen Tagen demonstriert die Nato unter Einbeziehung von rund 15.000 Soldaten aus 19 Nato-Staaten und drei weiteren Partnerländern Kampfbereitschaft in den Grenzräumen zu Russland bzw. der Eurasischen Union. In der Ostsee wird die Kontrolle des Luft- und Seeraums – Schwerpunkt U-Boote – bis hin zu Landemanövern unter Leitung der US-Streitkräfte und Einbeziehung des neutralen Schwedens geübt.

Bei der ebenfalls von den USA geleiteten Operation „Saber Strike“ (Säbelhieb) wird im Gebiet des Baltikums und dem Osten Polens das Zusammenwirken aus verschiedenen Ländern gemischter Truppenteile geübt. Hier ist das Nicht-Nato-Land Finnland einbezogen.

Die Bundeswehr ist vor allem bei der Operation „Noble Jump“ (der edle Sprung) engagiert. Ein in Polen errichtetes Vorauskommando („Nato Force Integration Units“) soll die aus dem norddeutschen Standort Bergen „per Lastwagen, Eisenbahn und Flugzeug binnen dreier Tage auf einen polnischen Übungsplatz in der Nähe von Sagan (Niederschlesien)“ transportierten Infanterie und Panzertruppen in den Einsatz geleiten.

Schweden und Finnland haben sich damit demonstrativ in der Militärgrenze hin zum russisch-eurasischen Raum platziert. Das Panzer-Kooperationsprojekt mit Frankreich bildet einen technischen Kern für die Militarisierung der EU.

Damit ist die Liste der schlechten Nachrichten noch nicht zu Ende. Die Bundesregierung will das Patriot-System (Anti-Raketen-Raketen) durch eine Neuentwicklung ersetzen, die Federführung wird in Schrobenhausen (Oberbayern) liegen. Das Patriot-System beobachtet anfliegende Raketen mit einem Ausschnitt von 120 Grad. Es „blickt nach vorne“ und eignet sich zur Sicherung von Grenzen. Das neue System wird viel mehr kosten, es wird aber mit einem 360-Grad-Rundum-Radar ausgerüstet sein. Es eignet sich somit viel besser zur Sicherung beherrschter Räume in einem feindlichen Umfeld. Die Entscheidung für dieses Waffensystem belegt, dass die Strategie des großen, langdauernden und mit Besetzung strategischer Zentren/Gebiete verbundenen Interventionskrieges, die in den letzten Jahrzehnten so viele Fehlentscheidungen begünstigt und entsetzliches Unglück mit sich brachte, aus den Köpfen der politischen Planer nicht verschwunden ist.

Der Gipfel der Alternativen mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, die eine Änderung der Politik der großen Wirtschaftsmächte einforderten, die Großdemonstration in München, die aus dem aktuellen Ziel der Verhinderung des TTIP-Abkommens Kraft zog, die Aktionen in Garmisch, bzw. rund um Elmau, die dem G7-Treffen die Legitimation bestritten – die Regierungspolitik ist beeindruckt. Bundeskanzlerin Merkel hat sich dem Ziel der Klimarettung verschrieben, sieht Maßnahmen zur Linderung der Armut positiv und will den Abschluss des TTIP-Abkommens beschleunigen. Der Kurt-Eisner-Verein – Rosa Luxemburg Stiftung in Bayern – hat sich bei der Organisation des Gipfels der Alternativen gestaltend engagiert. Eine Dokumentation von Beiträgen ist in Arbeit. Wir dokumentieren aus Abschlusserklärungen der Veranstalterkreise.

G 7-Alternativgipfel: „Die Zeit ist reif für globale Gerechtigkeit“

In Garmisch-Partenkirchen hat der „Gipfel der Alternativen“ am Freitag seinen Abschluss gefunden. Kurz vor Beginn des G7-Treffens prangerten RednerInnen u. a. aus Afghanistan, Indien, Tunesien und El Salvador auf einer Kundgebung die verheerenden Folgen der G7-Politik an und verlangten einen gleichen Zugang zum weltweiten Reichtum für alle Menschen.

Die indische Wirtschaftswissenschaftlerin Jayati Gosh, eine der prominenten Gäste des „Gipfels der Alternativen“, forderte vor mehreren hundert DemonstrantInnen, Steuerschlupflöcher zu stopfen und die Finanzmärkte zu kontrollieren. Außerdem müssten ernsthaft Maßnahmen gegen die Erderwärmung eingeleitet werden. Die Freihandelspolitik zu Ungunsten der Länder des Südens müsse beendet werden. Am „Gipfel der Alternativen“ hatten sich an den Vortagen bis zu 1000 Teilnehmende und 68 ReferentInnen beteiligt. Die Veranstalter – ein breiter Trägerkreis von 38 Kooperationspartnern aus Kirchen, Politik, Gewerkschaften, Umweltschutz-, Gesundheits- und Entwicklungsorganisationen sowie GlobalisierungskritikerInnen – waren überrascht vom Ansturm von Menschen aller Altersgruppen.

Die beiden Eingangspodien, die unter

dem Motto „Globale Machtverhältnisse“ und „Die Welt im Ausverkauf“ standen, setzten die verschiedenen Gipfel-Themen wie zum Beispiel Freihandel, Kriege, Umweltzerstörung, Klimawandel, ausbeuterische Arbeitsbedingungen, Flucht und Migration zueinander in Beziehung. So bezeichnete der globalisierungskritische Soziologe Jean Ziegler die Regierungen der G7 als Erfüllungsgehilfen der transnationalen Konzerne, die nur als Befehlsempfänger zu deren Gewinnmaximierung beitragen. „Freihandelsverträge dienen der Erschließung neuer Absatzmärkte und der Sicherung der Vormacht der G7.“

Die kolumbianische Menschenrechtsanwältin Liliana Uribe beklagte die negativen Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik und Freihandelsabkommen. Die Vertreibung von KleinbäuerInnen von ihrem Land sei die Folge,



weil dieses für agroindustrielle Projekte oder den Abbau von Rohstoffen verwendet würde.

BUND-Vorsitzender Hubert Weiger forderte einen Paradigmenwechsel hin zu einem Wirtschaften auf der Grundlage ökologischer und sozialer Standards. Nicht derjenige dürfe am meisten profitieren, der am unökologischsten handle. „Wir brauchen Staaten, die Gemeinwohlinteressen schützen und nicht die Privatinteressen von kleinen oder großen Konzernen“, ergänzte der Umweltexperte.

Unter den TeilnehmerInnen der 25 Workshops bestand Einigkeit: Der zerstörerische Kreislauf von übermäßigem Ressourcen hunger, Umweltzerstörung, sozialer Ausbeutung und Ausgrenzung, kriegsähnlichen Konflikten sowie Wachstumszwang und Profitmaximierung müsse endlich beendet werden. Erreicht werden könne dies unter anderem durch die Verbindlichkeit von Menschenrechten. Es bedürfe sozialer und ökologischer Leitplanken, innerhalb derer die Wirtschaft sich bewegen müsse. – „Die Hoffnung seid ihr“, rief der Schweizer UN-Diplomat Jean Ziegler den Teilnehmenden bei seiner Rede auf der G7-Demo in München zu. „Ihr seid der Aufstand des Gewissens.“ <http://G7-demo.de/home/aktuelles/>

Bündnis Stop G 7 Elmau zieht positives Fazit über Proteste

Nach sechs Tagen voller Protest zieht das Bündnis Stop G7 Elmau ein insgesamt positives Fazit aus den vergangenen Tagen. Benjamin Ruß, Pressesprecher des Bündnisses erinnert sich: „Die Voraussetzungen waren nicht immer einfach. Der entlegene Gipfelfort beeinflusste die Mobilisierung, die sich lange hinziehenden juristischen Auseinandersetzungen um Protestcamp und Sternmarsch erschwerten unsere Vorbereitungen. Aber dennoch kamen tausende Menschen nach Garmisch-Partenkirchen und blieben teilweise tagelang auf den Camps und auf den Straßen.“ Cornelia Teller ergänzt: „Im Vorfeld wurde ein sehr negatives Bild von den Protesten und insbesondere dem Camp verbreitet. Aber glücklicherweise machten sich viele JournalistInnen und insbesondere auch BewohnerInnen Garmisch-Partenkirchens ein eigenes Bild. Die überwältigende Hilfsbereitschaft, freundlichen Besuche und interessanten Gespräche der AnwohnerInnen werden uns noch lange in Erinnerung bleiben.“ – So unterschiedlich wie die einzelnen Akteure in dem Bündnis Stop

G7 Elmau, so vielfältig waren die Proteste gegen den Gipfel. Auf dem Internationalen Gipfel der Alternativen, aber auch bei den zahlreichen Kundgebungen und Reden fand ein reger Austausch mit internationalen Gästen wie Jayati Ghosh, Jean Ziegler und dem italienischen Partisanen Adelmo Cervi statt. Ein buntes Kulturprogramm mit Musikbands und einem Aktionstheater, sowie viele kleinere künstlerische Aktionen bereicherten die Proteste. An der Stop-G7-Demonstration beteiligten sich 7.500 Menschen,



auch der Sternmarsch und der antimilitaristische Aktionstag waren kraftvolle, große Protestaktionen. Am Sonntag blockierten immer wieder AktivistInnen die B 2, die wichtigste Zufahrtsstraße zum Gipfelfort Schloss Elmau. Simon Ernst erklärt: „Wir haben angekündigt, dass der Gipfel nicht störungsfrei ablaufen wird und dass wir blockieren werden. Und wir haben angekündigt, dass von uns dabei keine Eskalation ausgehen wird. Beides haben wir eingehalten. Die AktivistInnen agierten entschlossen, aber auch besonnen. In der einzigen Situation, in der es zu Zusammenstößen kam, ging die Eskalation von der Polizei aus.“ Benjamin Ruß bilanziert: „2007 in Heiligen-damm zeigte sich, dass Gipfeltreffen auf massenhaften Protest und Widerstand stoßen. 2015 gab es deutlich höhere Kosten, ein massives Polizeiaufgebot und ein repressives Vorgehen gegen die Proteste ... Die Legitimation der G7-Gipfel bröckelt. Ich bin mir sicher, es wird so einen Gipfel in der Form nicht mehr in der Bundesrepublik geben.“

www.stop-G7-elmau.info/

HDP zieht mit 82 Abgeordneten ins Parlament – Erdogans AKP verliert absolute Mehrheit

Bei den türkischen Parlamentswahlen hat die erstmals kandidierende Demokratische Partei der Völker HDP die Zehn-Prozent-Hürde deutlich übersprungen. Sie erreichte landesweit 13,1 Prozent und stellt jetzt 82 Abgeordnete.

Die regierende islamisch-konservative AKP ist der große Verlierer der Wahl mit 40,9 Prozent. Seit 2002 hatte sie 13 Jahre mit absoluter Mehrheit regiert. Nun ist sie auf einen Koalitionspartner angewiesen.

Die Ergebnisse

Wahlbeteiligung:

86 % von 53,7 Mio. Wahlberechtigten
AKP 40,9 % (-8,9 %) = 254 Abgeordnete
CHP 25,1 % (-0,9 %) = 132 Abgeordnete
MHP 16,4 % (+3,4 %) = 82 Abgeordnete
HDP 13,1 % (+13,1%) = 82 Abgeordnete

Deutschland:

Wahlberechtigt 1,4 Mio., gewählt haben ca. 480.000. AKP 53,6 %, CHP 15,9 %, MHP 9,7 %, HDP 17,5 %

In Österreich erreichte die AKP 64,1 % und die HDP 14,2. In der Schweiz kam die AKP auf 25,1 %, die HDP auf 47,5 %.

Mit diesem Ergebnis sind die Pläne der AKP, ein Präsidialsystem zu schaffen, gescheitert. Die Wählerschaft drückte ihr Interesse an einer politisch-parlamentarischen Lösung des Kurdenkonflikts aus. Erdogan hatte wochenlang gegen die HDP und den Friedensprozess auf Großkundgebungen gehetzt. Auf HDP-Büros wurden seit März 114 Anschläge verübt. Zwei Tage vor der Wahl wurden bei einem Bombenan-

schlag auf die Abschlusskundgebung in der kurdischen Metropole Diyarbakir fünf Menschen getötet und etwa 400 verletzt, viele davon schwer. Auf dem Kundgebungsplatz und in den umliegenden Straßen drängten sich Hunderttausende. Die HDP brach die Veranstaltung ab und rief dazu auf, den Widerstand und den Abscheu nicht auf der Straße, sondern an den Wahlurnen auszutragen. Die geplante Provokation, dass es in Diyarbakir zu Straßenschlachten kommen sollte, fand nicht statt. Auf einer Spontankundgebung vor Zehntausenden aufgebracht Menschen vor dem HDP-Parteibüro in Diyarbakir beschwor der HDP-Co-Vorsitzende die Menge, Ruhe zu bewahren. Und die HDP schaffte es, dass die Jugendlichen nicht auf der Straße explodierten. Dazu muss man wissen, die Bevölkerung Diyarbakirs besteht fast zur Hälfte aus Jugendlichen unter 18 Jahren (750.000). Davon sind etwa 200.000 in Jugendorganisationen der HDP und anderer kurdischer Vereine.

Das besonnene Verhalten bewog gerade in den Industriegebieten im Westen der Türkei viele der Wählerschaft in den Mittelschichten, die vorher noch wegen den Kurden Vorbehalte gegen die HDP hatten, jetzt die HDP zu wählen. Das ist deutlich in Istanbul zu sehen, dort erreichte die HDP über zehn Prozent und stellt mit elf Abgeordneten das größte Kontingent einer Stadt in der Fraktion. In Izmir, Bursa, Adana, Antalya und Ankara erkämpfte die HDP erstmals Mandate. Keine Mandate wurden in den religiös konservativ



Parteologo der Partei der Völker, HDP

geprägten Provinzen Mittelanatoliens gewonnen.

In den kurdischen Provinzen baute die HDP ihre Vorherrschaft aus. In Diyarbakir wurde sie von 78 Prozent gewählt, ein Zuwachs von 18 Prozent. Von elf Abgeordneten stellt sie jetzt zehn und nur noch einer kommt von der AKP. Erwartet hatte die HDP hier sieben Mandate. In Sirnak, Batman, Agri, Hakkari, Mus und Tunceli erzielte die HDP Ergebnisse über 90 Prozent und stellt alle Abgeordneten. In Bitlis, Mardin, Siirt, Iğdir, Sinop und Van kommt die AKP nur noch auf einen Abgeordneten, in Urfa wurden der AKP fünf Mandate abgenommen. Hier kandidierte der frühere Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, und die Nichte Abdullah Özalans.

Der zentrale Wahlslogan der HDP „Wir ins Parlament“ drückt die Vielfalt dieser Partei aus. 40 Prozent der neuen Fraktion sind Frauen. Mit der HDP ziehen Christen und Aleviten ins Parlament, drei Armenier, ein Aramäer, eine Yezidin und ein Roma.

Als bekannt wurde, dass die HDP die zehn Prozent überschritten hat, brach in Diyarbakir für Stunden der gesamte Verkehr zusammen. Autos wurden stehen gelassen, überall gab es Demonstrationen, Kundgebungen, Feuerwerk und es wurde bis tief in die Nacht getanzt. Am Montagabend waren Hunderttausende auf dem Newrozgelände bei einer Wahlfeier. Die HDP erklärte dort, dass nach 37 Jahren jetzt endlich

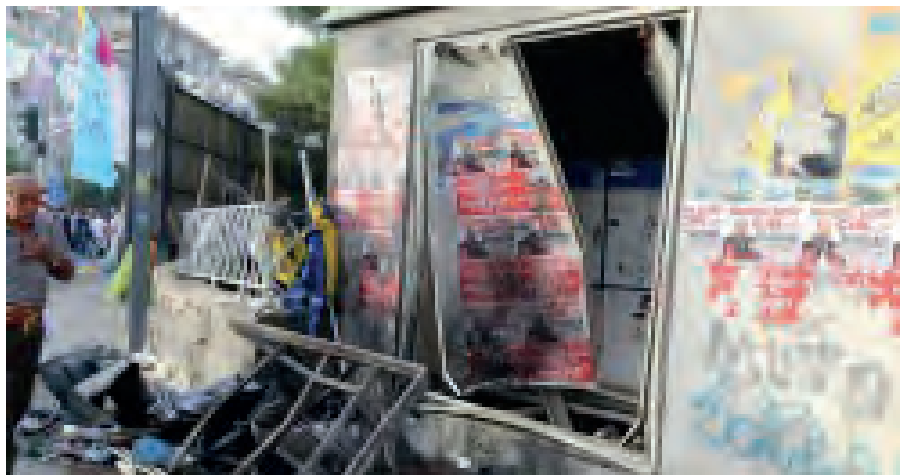


Der Co-Vorsitzende der HDP Selahattin Demirtas.

ein Durchbruch für Demokratie und die Rechte aller in der Türkei geschafft wurde.

Jetzt muss innerhalb von 45 Tagen eine Regierung gebildet werden, ansonsten stehen Neuwahlen an. Es gibt verschiedene Koalitionsmodelle. Die naheliegende und wahrscheinlichste wäre eine nationalistische Koalition von AKP und der rechtsextremen MHP. Das würde die Friedensverhandlungen mit der PKK sehr erschweren, da die MHP strikt gegen die Kurden- und Minderheitenrechte steht. Auch eine große Koalition der AKP mit der CHP wäre denkbar oder eine Minderheitenregierung der AKP. CHP und MHP werden sicherlich auch verhandeln und Gespräche mit der HDP über eine Duldung reden. AKP-Regierungsmitglieder forderten gleich Neuwahlen.

Bisher haben alle Oppositionsparteien eine Koalition mit der AKP abgelehnt. Die AKP steht jetzt bei der Koalitionswahl vor einer inneren Zerreißprobe ihrer verschiedenen Flügel. Offen wird die Abspaltung des libe-



Zwei Tage vor der Wahl wurde in Diyarbakir ein Bombenanschlag verübt.

ralen Flügels unter dem ehemaligen Präsidenten Gül diskutiert.

Für die HDP erklärte Selahattin Demirtaş, dass sie sich der Hoffnungen bewusst sind, die die Wähler in die HDP setzen. Die Umwandlung der Türkei von einer autoritären zu einer offenen vielfältigen Demokratie und

gestärkten Kommunen hängt jetzt von der Einleitung richtiger Friedensverhandlungen mit der PKK ab. Viele Protestwähler, die von der AKP zur HDP gewechselt sind, würden im Falle eines Scheiterns dieser Politik nicht mehr für die HDP stimmen.

Rudolf Bürgel, z.Zt. Diyarbakir

Europa: Bessere Rechtsetzung und Deregulierung

Etwas mehr als 700 Seiten Papier hat die Europäische Kommission am 19. Mai vorgelegt, um ihre künftige Politik im Bereich der europäischen Rechtsetzung unter dem Titel „Bessere Rechtsetzung“ zu begründen. Alle Dokumente liegen (derzeit) ausschließlich in Englischer Sprache vor.

(Link: http://ec.europa.eu/smart-regulation/better_regulation/key_docs_en.htm)

Die 700 Seiten verteilen sich auf neun Dokumente unterschiedlichsten Charakters. Dabei ist eine Mitteilung an das Parlament und den Rat, in dem die künftige Politik grundsätzlich begründet und ihre groben Linien und Ziele aufgezeigt werden. Eine weitere Mitteilung unterbreitet Vorschläge an das Parlament und den Rat zur interinstitutionellen Zusammenarbeit, die letztlich in einer Vereinbarung münden sollen. Vier weitere Dokumente beschäftigen sich mit der Einrichtung von zwei Evaluierungsgremien. Eines („Regulatory Scrutiny Board“) soll aus sechs Experten (drei von der Kommission, drei externe) plus einem Vorsitzenden bestehen und hat die Aufgabe, die Qualität der Folgenabschätzungen (sozial, ökonomisch und ökologisch) zu beurteilen. Ein zweites („REFIT Plattform“) soll sich aus Vertretern der Mitgliedsstaaten und Interessengruppen zusammensetzen und bestehende Gesetze oder Gesetzentwürfe dahingehend überprüfen, ob sie bürokratische und administrative Vorgaben enthalten, die überflüssig sind. Sie sollen nicht die Inhalte oder Schutzniveaus

der Gesetze verhandeln. Weitere Dokumente sind Guidelines für die kommissionsinterne Ausrichtung und eine Toolbox für Folgenabschätzungen und Evaluierungen.

Rund um die Debatte zur Rechtsvereinfachung und die jetzt von der Kommission veröffentlichten Dokumente hat sich in Brüssel ein Netzwerk mit mehr als 50 Organisationen aus dem Bereich der Zivilgesellschaft gebildet. Das Netzwerk will die Kommissionspolitik kritisch prüfen und in die öffentliche Debatte eingreifen. (Link: <http://www.betterregwatch.eu/>)

Die beteiligten Organisationen sorgen sich darum, dass die Agenda zur „besseren Regulierung“ unter dem ersten Vizepräsidenten der Kommission, Frans Timmermans, entscheidende Verordnungen schwächt und soziale Anliegen unternehmerischen Imperativen untergeordnet werden. Demgegenüber will das Netzwerk die Rechte von Bürgern, Arbeitnehmern und Verbrauchern schützen. Kritisiert wird auch, dass unter dem Titel Rechtsvereinfachung und Bürokratieabbau ein enormer bürokratischer Aufwand betrieben wird und neue Expertengremien eingerichtet werden, sowie umfangreiche Folgenabschätzungen und Evaluierungen etabliert werden sollen. Stichwort: Demokratieabbau. Künftig sollen auch der Rat und das Parlament eigene Folgenabschätzungen durchführen, falls sie substantielle Änderungsvorschläge zu Verordnungs- oder Richtlinienentwürfen der Kommission unterbreiten.

Vor dem Hintergrund der gewachsenen Komplexität der EU-Rechts aber auch der materiellen Gegenstände, die geregelt werden sollen, ist eine verbesserte Konsistenz des EU-Rechts sicher vonnöten. Die höhere Komplexität der diversen Materien begründet auch den Einsatz des Instruments der Folgenabschätzung und die Einbindung der diversen Interessengruppen und Experten. Allerdings wurde in den vergangenen Aktivitäten tatsächlich ein Aushöhlen demokratischer Verfahren evident, zum Beispiel durch die exklusive Konsultation von Betrieben in Angelegenheiten, die die Arbeitsbeziehungen betreffen. Aus dieser Anhörung leitete die Kommission direkte Arbeitsschritte ab. In diesen Zusammenhang gehört auch die Polemik gegen das „Goldplating“ = höhere Standards auf nationaler Ebene, als sie im EU Recht vorgesehen sind. Dies war allerdings genau die Intention der Verträge, die im sozialpolitischen Feld eben nur Mindeststandards vorsehen. Ebenso gehört hierzu die Dogmatisierung des KMU-Modells durch die Europäische Kommission. Dies sind jedoch politische Absichten und Programmatiken, die in den formalen Debatten nicht ausgesprochen sind und die politischen Konstellationen (Zusammensetzung der Kommission, des Rates und des Parlaments) unterliegen. Sie müssten also auch entsprechend kritisiert und nicht mit der Kritik an formalen Rechtsetzungsverfahren verwechselt werden.

Rolf Gehring

Rote-Karte-Aktion vor dem Fifa-Kongress

Am 29. Mai kamen Gewerkschaftsmitglieder verschiedener BHI-Mitgliedsorganisationen aus mehr als zehn Ländern zu einer Demonstration vor dem im Hallenstadion in Zürich stattfindenden Fifa-Kongress zusammen. Unter ihnen war auch Dietmar Schäfers, Stellvertretender IG Bau-Bundesvorsitzender. Mit Kreuzen forderten die Gewerkschaften dazu auf, der modernen Sklaverei der Arbeitnehmer in Katar ein sofortiges Ende zu setzen. Diese Kreuze standen symbolisch für alle Arbeitnehmer, die seit der Aufnahme der Bauarbeiten für die im Jahr 2022 in Katar stattfindenden Fußballweltmeisterschaft ums Leben gekommen sind. „Unsere Forderungen sind sehr einfach. Wir erwarten, dass den auf den Baustellen für die Fußball-WM beschäftigten Arbeitnehmern die Menschenrechte garantiert werden, so dass sie über menschenwürdige und sichere Arbeits- und Lebensbedingungen verfügen. Die Fifa muss sich aktiv dafür einsetzen – unabhängig davon, wie ihre neue Fifa-Führung aussieht“, so BHI-Generalsekretär Ambet Yuson. „Inmitten des dramatischen Korruptionsskandals ist es von großer Bedeutung, dass wir die Arbeitnehmer nicht vergessen, die den höchsten Preis für die Ignoranz der Fifa gezahlt haben. Wir haben bereits auf unterschiedliche Art und Weise versucht, die Fifa dazu zu bewegen, sich dafür einzusetzen, dass die Gewerkschaften mit ins Boot genommen werden und sich für die Arbeitnehmerrechte in Katar einsetzen können. Wir sind heute hier, um deutlich zu machen, dass es uns reicht und dass es an der Zeit ist, einen konstruktiven Wandel einzuleiten“, erklärt Ambet Yuson. Mohan Logu Naicker war einer der bei der Demonstration anwesenden Gewerkschaftsmitglieder. Er ist Zimmermann und Mitglied der im südindischen Staat Tamil Nadu ansässigen Bauarbeitergewerkschaft Tkms. Im Rahmen der Veranstaltung berichtete er über die massive Ausbeutung, der er in den sieben Jahren seiner Beschäftigung in Katar ausgesetzt war. So erklärt er: „Ich war in Russland, auf den Malediven und auch in Dubai beschäftigt. In Katar sind die Bedingungen schlechter als in allen anderen Ländern. An diesem Zustand hat sich nichts verbessert. Ich musste 14 Stunden täglich arbeiten. Allerdings reichte mein Lohn immer noch nicht dafür aus, den bei meinem Rekrutierungsagenten aufgenommenen Kredit zurückzuzahlen. Uns allen war klar, dass uns eine Gefängnisstrafe drohte, wenn wir kündigen oder uns über die schlechten Bedingungen beklagen würden.“

Quelle: <http://www.igbau.de>, 1.6.2015

IG Metall warnt vor Abbau von Arbeitnehmerrechten in Europa

Viele Vorstöße der EU-Kommission sollen vorgeblich der Wirtschaft wieder auf die Füße helfen. Die Krise in Europa dient jedoch in Wahrheit als Vorwand, um Arbeitnehmerrechte zu schleifen. „Wer die Gewerkschaften schwächt, öffnet das Tor für schlechte Arbeitsbedingungen“, warnte die IG Metall aus Anlass ihres „Europapolitischen Tags 2015“. Viele Vorschläge aus Brüssel zur Überwindung der Wirtschaftskrise weisen aus Sicht der IG Metall in die genau falsche Richtung: hin zum Abbau von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsschutzbestimmungen. Ein Beispiel dafür sind die aktuellen „länderspezifischen Empfehlungen“. Für Frankreich empfiehlt die EU-Kommission, mehr Optionen zu schaffen, um aus Tarifverträgen auszusteigen. „Das ist eine Kampfansage. Für unsere Freunde in Frankreich – und auch an uns“, sagte Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Frankreich soll nach den Gedankenspielen aus Brüssel Abweichungen von Tarifverträgen ermöglichen, um Unternehmen zu entlasten. Eingriffe in das Tarifvertragssystem propagiert die EU-Kommission schon seit längerem. Zusammen mit einigen nationalen Regierungen, zum Beispiel in Spanien, wurden die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften in Süd- und Südosteuropa in die Zange genommen, etwa durch Einschränkungen in der Tarifautonomie, einseitig mögliche Lohnkürzungen, Abbau von Kündigungsrechten und Mitbestimmung. Die Einmischung in das Tarifgefüge einzelner Länder hat bereits zu fatalen Konsequenzen geführt. Beispiel Portugal: Dort wurde auf Drängen Brüssels nach 2008 eine „Dezentralisierung“ von Tarifverträgen eingeleitet. Ergebnis: Die Zahl der Arbeitnehmer, die nach einem Tarifvertrag bezahlt wurden, ist von 1,9 Millionen im Jahr 2008 bis 2012 auf 328 000 gesunken. Aus der ursprünglich geplanten Dezentralisierung wurde de facto eine Abschaffung von Tarifverträgen. „In den Krisenländern hat ein massiver Eingriff in die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften stattgefunden“, kritisiert Lemb. Von einem Europa mit sozialem Antlitz könne da nicht mehr die Rede sein. „Wer die Gewerkschaften in Europa schwächt, schwächt die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, sagte Lemb. „Wer die Gewerkschaften in Europa schwächt, sorgt auch dafür, dass den Menschen ein existenzsichernder Lohn verweigert wird. Wer die Gewerkschaften schwächt, öffnet das Tor für schlechte Arbeitsbedingungen.“ Die sogenannten „länderspezifischen Empfehlun-

gen“ der Europäischen Kommission zeigen, was die Europäische Kommission mit Strukturreformen meint. Die Errungenschaften der Gewerkschaften wie zum Beispiel die Tarifautonomie der Sozialpartner werden in Frage gestellt. Nach Einschätzung Lembs hat der Deregulierungskurs, den die EU bislang verfolgt, wenig Erfolg gebracht. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Krisen haben kaum gegriffen, die Industrie Portugals, Spaniens oder Frankreichs ist heute nicht stärker und schlagkräftiger als vor fünf Jahren. Im Gegenteil: Die industrielle Entwicklung ist in Spanien und Portugal durch die Sparpolitik nachhaltig zurückgeworfen. Die Gewerkschaften werden gegen diese falsche Strategie weiter Sturm laufen.

Quelle: <http://www.igmetall.de>, 2.6.2015

Großbritannien: Bahnstreik ausgesetzt

Zwei geplante nationale Bahnstreiks – im Mai und zwischen dem 4. und 11. Juni – wurden abgesagt, nachdem Network Rail (Bahngesellschaft) den Gewerkschaften ein neues Lohnabkommen angeboten hat. Mitglieder der Network Rail und Maritime-Transport (RMT)-Gewerkschaft verhandelten vier Tage unter Beteiligung der Schlichtungsstelle Acas. Mit einer Wahlbeteiligung von 60 Prozent von 16 000 Mitgliedern der Gewerkschaft hatten vorher 80 Prozent für einen Streik gestimmt. „Nach vier Tagen intensiver Gespräche formulierten Network Rail, RMT, TSSA und Unite eine Reihe von überarbeiteten Vorschlägen, die die Gewerkschaften nun prüfen“, sagte ein Sprecher von Acas. „Vor diesem Hintergrund hat die RMT hat zugestimmt, die für diese und nächste Woche geplanten Arbeitskämpfmaßnahmen auszusetzen.“ Mark Carne, Network Rail Chief Manager, sagte, er sei „sehr erfreut“, dass der Streik abgesagt wurde, und fügte hinzu, dass er hoffe, dass die Gewerkschaft in das neue Abkommen zustimmen. Laut Sky News (Nachrichten Kanal), wird das neue Lohnangebot angenommen, das eine zwei prozentige Lohnerhöhung für 2015 und eine Lohnerhöhung um die RPI-Inflation (Einzelhandelspreisindex ist ein Maß für die Inflation, die das Amt für nationale Statistik monatlich festschreibt) im nächsten Jahr sowie ein „Job-Sicherheitspaket“ beinhaltet. Es ist das zweite Mal, dass ein landesweiter Bahnstreik innerhalb von zwei Wochen abgewendet wurde. Der für den 25. Mai geplante Ausstand wurde ebenfalls abgesagt. Bei den geplanten Streiks war erwartet worden, dass dieser zu weit verbreiteten Störungen des gesamten Eisenbahnnetzes des Landes geführt hätte.

Quelle: <http://www.theweek.co.uk>, 1.6.2015

Polen: Organisation prekär Beschäftigter

Das polnische Verfassungsgericht hat ein Grundsatzurteil gegen die übermäßige Deregulierung des Arbeitsmarktes erlassen. In der Entscheidung heißt es, auch Beschäftigten mit Werk- und Dienstleistungsverträgen sowie Selbstständigen müsse es erlaubt sein, Gewerkschaften beizutreten oder neue zu gründen. Die Bestimmung des geltenden Gewerkschaftsgesetzes, wonach nur solche Beschäftigten als „Arbeitnehmer“ gälten, die aufgrund von regulären Arbeitsverträgen beschäftigt sind, wurde für verfassungswidrig erklärt. Außerdem widerspreche sie geltenden europäischen und internationalen Arbeitsschutzkonventionen, denen Polen beigetreten ist. Geklagt hatte der sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaftsdachverband OPZZ.

Quelle: <https://www.jungewelt.de>, 5.6.2015

Türkei : Chemiearbeiter erfolgreich im Streik

Im Laufe der letzten Maiwoche, als mehr und mehr streikende Autobelegerungen – Tausende waren im Streik – ihre Forderungen erfüllt bekamen (Gewerkschaftsfreiheit, keine Sanktionen gegen Streikende, echte Lohnerhöhung), hatten sich bereits Belegschaften anderer Metallbetriebe daran ein Vorbild genommen und waren ebenfalls in den Streik getreten. Nach fünf Tagen Streik und Betriebsbesetzung haben die Arbeiter der Petkim Werke in Izmir ihre wesentlichen Forderungen erfüllt bekommen (Lohnerhöhung, Bonuszahlungen zu den Festtagen und keine Sanktionen) und die Arbeit wieder aufgenommen. Die Belegschaft im zweitgrößten Werk des größten Chemieunternehmens der Türkei hatte am 28. Mai geschlossen – alle rund 1000 Beschäftigten – den Streik ausgerufen. Nachdem eine Schicht das Werk erst gar nicht verlassen hatte, stieß die zweite Schicht dazu, wurde am 2. Juni 2015 in den Hürriyet Daily News berichtet.

Quelle: <http://www.todayszaman.com>, 29.5.2015;
<http://www.hurriyetdailynews.com>, 2.6.2015

Myanmar: Erste Konferenz der Hotelangestellten

Die historische erste Konferenz der Hotelangestellten in Myanmar fand am 20. und 21. Mai in Mandalay statt und führte 55 Delegierte von Hotels in drei bedeutenden touristischen Destinationen zusammen: Rangun, Bagan und Mandalay. Die Konferenz setzte sich für dauerhafte Arbeitsplätze, sichere Arbeit und die Achtung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte und Respekt als fester Bestandteil eines „verantwortungsvollen, ethischen

und nachhaltigen Tourismus“ in Myanmar ein. Im Rahmen der Konferenz führten die der IUL angeschlossene Phuket Federation of Hotel and Service Labour (FHSL) aus Thailand und die National Union of Hotel, Bar and Restaurant Workers (NUHBRW) aus Malaysia Schulungen über Struktur, Rolle und Aufgaben von nationalen Hotelgewerkschaften und Gewerkschaftsbünden, Kollektivvereinbarungen, Bedienungszuschlag und Löhne durch. Die Hauptforderungen, die sich aus der Tagung ergaben, betrafen die Gewerkschaftsanerkennung durch internationale wie inländische Arbeitgeber in der Hotelindustrie und die Achtung von Kollektivverhandlungsrechten. Die Konferenzdelegierten, die Housekeeping-Kräfte eingeschlossen, verpflichteten sich auch, sich der Globalen Kampagne der IUL für Housekeeping-Kräfte anzuschließen.

Quelle: <http://www.iuf.org>

Kolumbien: Gewerkschafter bringt Ölmulti vor Gericht

Am 29. Mai begann in Großbritannien ein Prozess gegen den britischen Energiekonzern BP wegen mutmaßlicher Verwicklung in die Entführung und Folterung eines Gewerkschaftsführers in Kolumbien. Der ehemalige Aktivist der kolumbianischen Erdölarbeitergewerkschaft USO, Gilberto Edgar Torres, hatte das Unternehmen vor einem Gericht in London auf Schadenersatz verklagt. Torres war im Februar 2002 in Casanare im Osten Kolumbiens von Paramilitärs entführt und gefoltert worden. Nach 42 Tagen wurde er aufgrund von starkem internationalen Druck und einem wochenlangen Streik der USO freigelassen. Torres klagt gegen BP wegen Komplizenschaft bei diesem Verbrechen. Nach Auskunft seiner Anwälte ist dies das erste Mal, dass ein Gewerkschafter einen Öl-Multi wegen Menschenrechtsverletzungen vor das oberste Gericht bringt. Der Fall könnte den Weg frei machen für ähnliche Klagen. Der Gewerkschaftsführer war entführt worden, kurz nachdem er einen Streik organisiert hatte, mit dem Arbeiter gegen den Mord an einem USO-Aktivist protestierten. In den Tagen zuvor war er mehrmals bedroht worden. In einem Dokumentarfilm der britischen Tageszeitung „The Guardian“ berichtet Torres über die Entführung, tagelange Verhöre und Folter auch von Mitgefangenen. Torres vertrat in der USO 400 Arbeiter der Ocesa-Pipeline, über die Rohöl vom Departamento Casanare zum Karibischen Meer transportiert wird. Ocesa wird von BP und vier weiteren multinationalen Konzernen sowie der kolumbianischen Ecopetrol betrieben. BP war seinerzeit der größte Produzent in der Region. Die Paramilitärs,

die in Bogotá später wegen der Entführung von Torres angeklagt waren, sagten vor Gericht aus, Ocesa habe seine Ermordung in Auftrag gegeben und dafür bezahlt. Diese Aussagen werden in dem Guardian-Dokumentarfilm erstmals öffentlich bekannt gemacht. Wie die Menschenrechtsorganisation International Rights Advocates bereits vor Jahren berichtete, finanzierte die britische BP, um ihre Ölgeschäfte zu schützen, mit Millionen US-Dollar jahrelang die 16. Brigade der kolumbianischen Streitkräfte, die speziell mit dem Schutz der Erdöl-Anlagen beauftragt und für ihre Zusammenarbeit mit Paramilitärs bekannt war. Laut dem Guardian haben Recherchen von Journalisten ergeben, dass BP beispielsweise im Jahr 1995 einen Drei-Jahres-Kooperationsvertrag mit dem kolumbianischen Verteidigungsministerium abgeschlossen hatte, bei dem es um Ausgaben für Sicherheitsmaßnahmen in Höhe von 11,6 Millionen US-Dollar ging, zu denen BP 2,2 Millionen beisteuerte. Ein Großteil dieses Geldes sei an die 16. Brigade gegangen. Sue Willman, Anwältin der Kanzlei Deighton Pierce Glynn aus London, die Torres vertritt, betonte, BP werde nicht beschuldigt, direkt an der Entführung beteiligt gewesen zu sein. Der Konzern habe es jedoch versäumt, die Aktivitäten der Paramilitärs zu stoppen. Amnesty International habe BP mehrfach auf die Morde und das Verschwindenlassen von Gewerkschaftern in Casanare hingewiesen, aber das Unternehmen habe keine wirksamen Maßnahmen dagegen ergriffen, so Willman. BP weist indes jegliche Verantwortung zurück. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wurden in der Erdölregion Casanare in den vergangenen 30 Jahren 3000 Gewerkschaftsaktivisten ermordet, 6000 weitere verschwanden spurlos.

Quelle: <https://amerika21.de>, 29.5.2015

Brasilien: Streikerfolg der Volvo-Belegschaft

Nach knapp drei Wochen Streik hat die Belegschaft von Volvo Curitiba (wie schon zuvor die Belegschaften von VW und Mercedes) einen Erfolg zu verbuchen: Am 1.6. sagte die Geschäftsleitung sowohl die Erhöhung der jährlichen Bonuszahlung zu als auch, dass es im Jahr 2015 keine Entlassungen geben werde. Die ursprünglichen Pläne, zur Jahresmitte 600 Menschen zu entlassen, sind damit vom Tisch. Freiwillige Kündigungen mit Abfindungszahlungen sind das einzig zugelassene Mittel, die Belegschaftsstärke zu reduzieren. Die rund 4000 Beschäftigten im LKW-Werk haben daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen.

<http://bandnewsfmcuritiba.com>, 1.6.2015



Blockade Atomwaffenstandort Büchel

BÜCHEL. Seit den frühen Morgenstunden blockieren 60 KriegsgegnerInnen den Atomwaffenstandort in Büchel/ Südeifel. Mit dem Mitführen einer Zahnbürste signalisierten die BlockiererInnen ihre Bereitschaft, immer wieder zu blockieren. Daraufhin nahm die Polizei 35 PazifistInnen in den Gewahrsam ... Wie es nach büchel65 weitergeht, können die InitiatorInnen noch nicht sagen. Fest steht: Auch in der Südeifel wird es wieder mehr Protest und zivilen Ungehorsam für den Abzug der Atomwaffen und eine weltweite Ächtung geben. Auf der Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag erklärte Costa Rica in einem Abschlusswort: „Geben wir dem Frieden eine Chance – eindeutig und endgültig“. Die gewaltfreien SitzblockiererInnen von Büchel positionieren sich eindeutig: „Frieden schaffen – ohne Waffen“.

www.buechel-atomwaffenfrei.de/buechel65

Keine militärischen Operationen im Internet!

BREMEN. Das FIF will der Öffentlichkeit die gefährliche Durchdringung des virtuellen Raumes mit militärischen Aktivitäten bewusst machen. Ziel der Kampagne ist es, die Zivilgesellschaft zum politischen Handeln zu mobilisieren: gegen Ausspähung der Privatsphäre, zum informationellen Selbstschutz, zur Einforderung sicherer und unkompromittierbarer IT-Produkte und -Infrastrukturen. Sie soll ihr Schutzbedürfnis durch die Politik artikulieren und die Achtung der Menschenrechte im virtuellen Raum einfordern. Die Kampagne Cyberpeace fordert: die Ächtung jeglicher Form von Cyberwarfare, ein demokratisch gestaltetes und demokratisch kontrolliertes Internet, ein

Internet, das dem Frieden dient und nicht der Ausspähung sowie der Unterstützung militärischer Aktionen.



Wir sehen die Kampagne Cyberpeace als einen ersten Schritt auf dem Weg, über die Durchsetzung von Gesetzesinitiativen und administrativen Maßnahmen den politischen Willen zu schärfen, in internationaler Zusammenarbeit einen umfassenden Bann offensiver Cyberwaffen anzustreben. Dieses Ziel haben wir in einem Forderungskatalog von 14 politischen Maßnahmen spezifiziert.

<http://cyberpeace.fiff.de>

Seenotrettung kann nur ein Anfang sein

FRANKFURT. Die Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer hat Priorität. Um weitere Tote zu vermeiden, müssen aber legale Einreisemöglichkeiten in die EU her. „Was wir letzte Woche erlebt haben, hat alles Bisherige übertrroffen“, erklärt Hagen Kopp vom Alarmtelefon Watch the Med, das von medico unterstützt wird. Kopp ist einer der Freiwilligen, die das Alarmtelefon betreuen. Er nimmt Anrufe von Flüchtlingen entgegen, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten. Am Sonntag letzter Woche waren über 5000 Menschen gleichzeitig auf verschiedenen Schiffen in Lebensgefahr. 400 Menschen starben. „Wir werden dann am Telefon zu unmittelbaren Zeugen des Überlebenskampfes auf See“, erklärt Kopp. Vor zwei Tagen haben noch einmal 700 Flüchtlinge ihr Leben bei der Überfahrt verloren. Sämtliche Boote waren von Libyen aus in See gestochen oder hatten dort Flüchtlinge an Bord genommen. Ousmane Diarra von der medico-Partnerorganisation AME (Association Malienne des Expulsés) in Mali erklärt: „Seit dem Sturz Gaddafis herrscht Chaos in Libyen. Die Situation für die dort lebenden Migranten und Migrantinnen ist sehr schwierig geworden.“ Außerdem versuchen viele Menschen aufgrund des aktuellen Geschehens in Herkunftsländern wie Syrien, Eritrea oder Somalia über Libyen nach Europa zu gelangen. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach der Wiederaufnahme des Seenotrettungsprogramms „Mare Nostrum“, das bis vergangenen Herbst von Italien finanziert und durchgeführt wurde und dass die EU nicht übernehmen wollte, richtig. „Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass auch unter Mare Nostrum tausende Flüchtlinge ihr Leben verloren“, mahnt Hagen Kopp. Neben der sofortigen Rettung von Menschen, die an Europas Außengrenzen in Seenot geraten, ist daher die Schaffung legaler und sicherer Einreisemöglichkeiten in die EU der einzige Weg, um das Sterben auf dem Mittelmeer dauerhaft zu beenden. Zudem gilt es, die Fluchtursachen in den Blick zu nehmen und zu bekämpfen. Auch hier muss Europa zur eigenen Verantwortung stehen ...

<https://www.medico.de>

Zeigen wir's der Atommüll-Kommission!

BERLIN. Atommüll-Tagung statt Beteiligungs-Simulation. Monatelang wurde getagt, monatelang um den heißen Brei herum palavert, monatelang über eine Öffentlichkeitsbeteiligung höchstens theoretisch diskutiert. Jetzt soll ein Pseudo-„Bürgerdialog“ KritikerInnen beschwichtigen: Die Atommüll-Kommission plant – sechs Monate vor dem Ende ihrer Arbeit – eine „Auf-taktveranstaltung“ für die Öffentlichkeit Am 20. Juni und damit zeitgleich zu dieser fragwürdigen Veranstaltung ruft „ausgestrahlt“ zusammen mit der BI Lüchow-Dannenberg und weiteren Bündnispartnern ebenfalls nach Berlin auf. Wir laden alle Anti-Atomgruppen, Umweltverbände, Standortinitiativen und engagierte AtomkraftgegnerInnen zur Tages-Veranstaltung „Atommüll ohne Ende, Teil 2“ ein. Damit knüpfen wir an die Tagung der Umweltverbände im letzten Jahr an. Wir wollen gemeinsam die aktuelle Atommüll-Politik der Bundesregierung beleuchten, unsere Kritik an der Kommission formulieren und diskutieren, welche Bedingungen für eine ernsthafte Beteiligung der Betroffenen vor Ort erfüllt sein müssen.

www.campact.de

Berliner MieterInnen gegen Deutsche Wohnen AG

BERLIN. Bei der Hauptversammlung der Deutsche Wohnen AG, Berlins größter privater Wohnungsbaugesellschaft, fordern MieterInnen, eine soziale Wohnraumversorgung beizubehalten. „Bestandsbewirtschaftung und Geschäftsstrategien der Deutsche Wohnen AG werden ihrem sozialen Auftrag allerdings nicht gerecht“, sagt Melanie Dyck von der Mietergemeinschaft Kotti & Co. Die Mieterin befürchtet, dass vor allem BestandsmieterInnen gefährdet seien, wenn die Deutsche Wohnen ein Mietsteigerungspotenzial von 21,2 Prozent gegenüber den aktuellen Vertragsmieten prognostiziert.

www.kritischeaktionare.de/

Altersdiagnostik bei jugendlichen Flüchtlingen: Röntgen erlaubt?

BERLIN. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge können ihr Geburtsdatum in der Regel nicht durch Dokumente beweisen. Im Rahmen von Altersgutachten setzen manche Ärzte Röntgenuntersuchungen der linken Hand, des Gebisses und der Schlüsselbeine ein. Diese Methoden sind umstritten, weil das Skelett- und Zahnalter nicht gleichbedeutend mit dem chronologischen Alter ist und die Anwendung von Röntgenstrahlen ohne „rechtfertigende Indikation“ unzulässig ist. Nach § 23 der Röntgenverordnung erfordert die rechtfertigende Indikation „die

Feststellung, dass der gesundheitliche Nutzen der Anwendung am Menschen gegenüber dem Strahlenrisiko überwiegt.“ „Für die jugendlichen Flüchtlinge, die sich einer Altersdiagnostik unterziehen müssen, fehlt ein gesundheitlicher Nutzen durch die Röntgenuntersuchungen, so dass ein solcher auch nicht gegen das Strahlenrisiko abgewogen werden kann“, sagt der Kinder- und Jugendarzt Dr. Winfrid Eisenberg vom Arbeitskreis Flüchtlinge/Asyl der IPPNW. „Ohnehin kann das Alter, mit welchen Methoden auch immer, nicht festgestellt, sondern nur geschätzt werden,“ so Eisenberg. Die Rechtsprechung in Deutschland ist uneinheitlich hinsichtlich der Frage, ob im Zusammenhang mit Altersgutachten geröntgt werden darf. Die Praxis der Altersdiagnostik in verschiedenen europäischen Ländern ist eines der Hauptthemen des Kongresses. Namhafte Fachleute aus Großbritannien, Schweden, Norwegen, Italien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Österreich und Deutschland werden referieren und diskutieren. Auch betroffene junge Flüchtlinge kommen zu Wort, die über ihre Fluchterlebnisse und Erfahrungen mit der Altersdiagnostik berichten. www.ippnw.de

Zahlreiche Unternehmen treten endlich dem Textilbündnis bei

WUPPERTAL. Der Knoten bei den großen Textilverbänden ist geplatzt. Die Mehrheit der Verbände (der Handelsverband Deutschland – HDE, der Bundesverband der deutschen Sportartikelindustrie, die Außenhandelsvereinigung des deutschen Einzelhandels – AVE – und textil+mode) sowie eine große Zahl ihrer Mitgliedsunternehmen sind dem Bündnis beigetreten. Die Grundlage für eine Breitenwirkung des Bündnisses wurde nun durch die Beitritte geschaffen. „Als Kampagne für Saubere Kleidung begrüßen wir den Beitritt dieser großen Anzahl von Unternehmen“ so Gisela Burckhardt, Kampagne für Saubere Kleidung. Sie ergänzt: „Hiermit ist eine gute Basis geschaffen. Allerdings beginnt nun erst die Detailarbeit, um die Umsetzungsanforderungen für jedes Bündnismitglied mit ambitionierten Zeitzielen des Aktionsplans zu unterlegen. Denn: Konkrete Verbesserungen bei den Sozial- und Umweltstandards für die Beschäftigten in Produktionsländern müssen spürbar werden.“

Seit Gründung des Textilbündnisses am 16. Oktober 2014 war der zu Grunde liegende Aktionsplan auf Wunsch der Verbände unter Beteiligung aller Interessensgruppen (Industrie, Politik, Zivilgesellschaft) leicht modifiziert und überarbeitet worden, die Ziele selbst wurden jedoch nicht in Frage gestellt. Der überarbeitete Aktionsplan,

auf dessen Grundlage die Beitritte nun erfolgt sind, ist stärker prozessorientiert und setzt auf Zielverfolgung zur Erreichung der Bündnisstandards und –ziele. Eine unabhängige Stelle unter Aufsicht des Steuerungskreises soll die Fortschritte der einzelnen Bündnismitglieder prüfen und der Öffentlichkeit gegenüber transparent machen. „Damit verbunden ist dann sicherlich auch eine bessere Information für Verbraucherinnen und Verbraucher“ so Berndt Hinzmann, Kampagne für Saubere Kleidung. „Die Bundesregierung hat mit dem Onlineportal „Siegelklarheit“ bereits ein Element für stärkere Transparenz etabliert.“

„Interessant wird deshalb sein, nach welchen Kriterien berichtet wird, und wie die Bemessung der Wirkung und Zielverfolgung festgelegt werden“ ergänzt Hinzmann zur noch auszugestaltenden Berichterstattung im Rahmen des Bündnisses. Auch einige Verbände und Unternehmen halten es für wichtig, ein simples Aufspringen auf den Zug für „Trittbrettfahrer“ zu verhindern.

Die konkreten Bewertungssysteme werden nun innerhalb des Multistakeholder-Prozesses des Bündnisses entwickelt. Das sind die nächsten Schritte, die auch nach dem Aktionsplan 1.0 auf der Tagesordnung standen. Gisela Burckhardt erläutert hierzu: „Wir werden bei der Ausarbeitung des Aktionsplanes darauf pochen, dass im Textilbündnis aussagekräftige Überprüfungsmechanismen zur Bewertung der Verfolgung und Erreichung der Ziele durch beteiligte Unternehmen entwickelt werden. Denn am Ende muss sich die Glaubwürdigkeit des Bündnisses daran messen lassen, ob Verbesserungen bei den Menschenrechten bei der Arbeit für die gesamte Lieferkette erreicht werden.“ Berndt Hinzmann bestärkt: „Und dazu braucht es bald konkrete Maßnahmen. Kam es doch erst letzten Sonntag wieder zu einem Brand in einer Textilfabrik in Bangladesch.“ www.saubere-kleidung.de

Kundgebung für die Ehe-Öffnung vor dem Bundesrat

BERLIN. Der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) ruft Vertreterinnen und Vertreter von allen demokratischen Parteien und Nichtregierungsorganisationen dazu auf, sich am 12. Juni 2015 um 9 Uhr vor dem Bundesrat an der Kundgebung für die Öffnung der Ehe zu beteiligen. Hierzu erklärt LSVD-Landesgeschäftsführer Jörg Steinert:

„Repräsentative Befragungen zeigen, dass zwei Drittel der deutschen Bevölkerung dafür sind, dass Lesben und Schwule gleiche Rechte haben und die Ehe für sie geöffnet wird. Auch gibt es keinerlei sachliche Gründe, die dagegen

sprechen. Mit unserer Kundgebung wollen wir die Politik ermutigen, die staatliche Diskriminierung von Lesben und Schwulen zu beenden. Hierbei richten wir uns insbesondere an den Berliner Senat, der bisher nicht geschlossen auftritt. Seit der Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft im Jahr 2001 gab es 14 Jahre Zeit zum Diskutieren. Wir brauchen nun konkrete Entscheidungen und keine neuen Diskussionen. Auch die CDU muss erkennen, dass die Mehrheit der eigenen Wählerschaft aufgeschlossen ist. Nur bei der AfD ist die Mehrheit der Anhänger gegen die Ehe-Öffnung. Die rechtspopulistische AfD kann aber nicht der Maßstab für die Politik in Deutschland sein. Daher rufen wir alle demokratischen Kräfte auf, sich an unserer Kundgebung zu beteiligen.

Wir fordern alle Bundesländer auf, im Bundesrat für die Öffnung der Ehe zu stimmen. Im Bundestag muss der Fraktionszwang aufgehoben werden. Die demokratischen Mehrheiten für die Ehe-Öffnung in Bevölkerung und Parlament sind vorhanden.“ berlin.lsvd.de

Sozialgericht Gotha: Hartz IV Sanktionen verfassungswidrig

BERLIN. Als möglicherweise bahnbrechend begrüßt der Paritätische Wohlfahrtsverband den Beschluss des Sozialgerichts Gotha, das die bestehenden Sanktionsregelungen in Hartz IV für verfassungswidrig hält und daher in dieser Frage am Mittwoch das Bundesverfassungsgericht angerufen hat. Der Verband fordert die Abschaffung der Sanktionen und eine arbeitsmarktpolitische Offensive zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. „Spätestens mit den massiven Kürzungen bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose seit 2010 und der daraus folgenden Zweiklassenarbeitsmarktpolitik ist das Prinzip des Forderns und Förderns von der Bundesregierung aufgegeben worden. Damit ist das Recht auf Sanktionen verwirkt“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Angesichts einer Förderquote von mittlerweile nur noch 9 Prozent und einer Vermittlungsquote von gerade einmal 14 Prozent seien Sanktionen nicht länger zu rechtfertigen. „Wenn die Jobcenter den Betroffenen keine echte Perspektive anbieten können, sind Sanktionen nicht nur sinnlos, sondern geradezu unredlich. Bei den Sanktionen handelt es sich keinesfalls um eine Petitesse“, betont Schneider. „Hier werden Menschen tatsächlich unter die Armutsgrenze gedrückt.“ Der Verband fordert die komplette Abschaffung der Sanktionen und einen arbeitsmarktpolitischen Kurswechsel. www.der-paritaetische.de

Köln: Chance für eine progressive, linke Mehrheit im Kölner Rat

Seit dem 19. Mai 2015 haben SPD und Grüne nach der Neuauszählung in einem Stimmbezirk keine Mehrheit mehr im Kölner Rathaus.

Es gibt jedoch im Kölner Rat schon seit der Kommunalwahl 2014 eine breite „progressive Mehrheit“. Diese Möglichkeit wollten SPD und Grüne bislang nicht nutzen. Sie fischten stattdessen im konservativen Lager nach möglichen Koalitionspartnern. Dabei haben bei den wichtigen politischen Entscheidungen der letzten Monate

SPD und Grüne nur mit den Stimmen von Linke, Piraten und Deine Freunde ein breites Bündnis zu Stande bekommen.

Die Kölner Ratsfraktion Die Linke ist daran interessiert, mit SPD und Grünen die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit bis 2020 auszuloten. Wir möchten in eine solche Zusammenarbeit das gesamte linke Spektrum, also auch Piraten und Deine Freunde, einbeziehen und freuen uns auf baldige Gespräche.

Lösungen wie eine Jamaika-Koalition oder eine Große Koalition hält Die Linke für schädlich.

Die Kölner Wählerinnen und Wähler haben 2014 eine progressive Mehrheit gewählt in der Hoffnung, dass Köln sozialer, ökologischer, transparenter und bunter wird.

Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass der rot-grüne Stillstand überwunden wird und eine neue Politik in Köln eine Chance bekommt.

Die Linke im Rat der Stadt Köln

Bundesregierung muss Energiearmut bekämpfen! Große Mehrheit für rot-rot-grüne Resolution an Bund

Ein von der Kölner Linken Stadtratsfraktion initiiert gemeinsamer Antrag zusammen mit SPD und Grünen für ein „Allgemeines Recht auf Energieversorgung“ hat mit den Stimmen von Piraten, Deine Freunde und der CDU eine breite Mehrheit gefunden. In der Resolution wird die Bundesregierung aufgefordert, ein Konzept gegen Energiearmut zu entwickeln und Anreize zum Energiesparen zu schaffen. Die Kosten dieses Instruments sollen dabei vollständig von Bund getragen werden.

Seit Jahren thematisiert Die Linke das Problem der Energiearmut. Immer weniger Menschen können sich ausreichend Strom und Gas leisten. Die Kommunen kritisieren die Bundesregierung zu Recht dafür, dass die Bemessungsgrenzen für die Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher zu niedrig sind. Dazu gehören auch die Kosten für Energie. Betroffen sind aber auch viele alte Menschen, die nur über eine geringe Rente verfügen.

Die EU hat dabei längst Handlungsbe-

darf erkannt. Bereits 2007 verlangte die EU-Kommission in der Veröffentlichung „Auf dem Weg zu einer Charta der Rechte der Energieverbraucher“, dass die Mitgliedsstaaten das „allgemeine Recht auf Energieversorgung“ in einzelstaatliches Recht umsetzen. Die EU hat diesen Beschluss in den letzten Jahren mehrfach erneuert und im „Paket zur Energieunion“ und in dem dazu gehörigen Fahrplan vom 25. Februar 2015 wieder bekräftigt.

Die Linke hat sich im Stadtrat und im Gespräch mit gesellschaftlichen Akteuren für kommunale Maßnahmen gegen Energiearmut stark gemacht. So sind hier viele gute Projekte entstanden. Umfassend lässt sich das Problem aber nur bundeseinheitlich lösen. Die Bundesregierung muss endlich ihre Hausaufgaben machen und ein Konzept vorlegen.

Das Projekt Stromspar-Check wurde vom Caritasverband entwickelt und mit Hilfe der RheinEnergie ausgebaut. Neben einem kostenlosen Starterpaket für das Stromsparen können Haushalte mit geringem Einkommen darüber hinaus

auch einen 150 Euro-Zuschuss für einen energieeffizienten Kühlschrank erhalten. Im Stadtteil Meschenich startete die RheinEnergie ein innovatives Projekt mit 660 Smart Metern, die trotz einer formalen Stromsperre eine Mindestmenge Strom liefern. Die Erfahrungen werden gerade evaluiert. Die Verbraucherzentrale Köln und das Land NRW starteten eine kostenlose Budget- und Rechtsberatung bei Energieschulden im Rahmen des Landesmodellprojektes „NRW bekämpft Energiearmut“.

Doch diese Programme ersetzen kein verbrieftes Recht auf eine Mindestmenge Strom. Alle Präventionsmaßnahmen nützen dem Menschen nicht, dem der Strom abgestellt wird. Eine Mindestmenge Strom und Gas gehört zur Lebenshaltung wie eine Wohnung. Es ist höchste Zeit, dass totale Stromsperren der Vergangenheit angehören. Das hat sogar die CDU eingesehen. Nur die FDP hat sich mit ihrem Nein gegen eine Grundversorgung als Menschenrecht ausgesprochen.

Jörg Detjen

Die Offene Ganztagsgrundschule – wachstumsfreudig, aber qualitätsarm

Die nunmehr zehnjährige Geschichte der Offenen Ganztagsgrundschule, kurz OGTS, in Köln liest sich wie eine rasante Erfolgsstory. Im Schuljahr 2006/07 begann für 15.600 Kinder der Ganztags-schulbetrieb, also die Verknüpfung von Schul-, Sozial- und Freizeitpädagogik bis in die Nachmittagsstunden hinein. Derzeit stehen für 75 % der Grundschülerinnen und Grundschüler Ganztagsplätze zur Verfügung. Zum nächsten Schuljahr wird die Versorgungsquote erneut steigen. Der Schulausschuss beschloss jetzt eine Erhöhung um weitere 1.400 Plätze auf 27.900. Damit haben

78 % der Kinder einen OGTS-Platz.

Eine große Mehrheit von CDU, Grünen, CDU und FDP feierte diesen Anstieg des OGTS-Angebots fast euphorisch. Bei genauerem Hinsehen aber, so zeigte die Linke im Ausschuss auf, weisen sowohl der Erhebungsbeschluss als auch das gesamte Kölner OGTS-System bedenkliche Schwachstellen auf.

Die Finanzierung ist deutlich zu niedrig. Zwar wird das Land NRW für das laufende und noch einmal für das nächste Schuljahr seinen Finanzierungsanteil um jeweils 1,5 % aufstocken. Und immerhin trägt die Stadt Köln für das

Programm – im Vergleich zu anderen Kommunen relativ hohe – freiwillige Zuwendungen von knapp 17 Mio. Euro. Dieser Betrag liegt aber nach zwei im Zuge der Haushaltskonsolidierung vorgenommenen Kürzungen um 7,8 % unter den Zuwendungen des Jahres 2013. Zudem stockt die Stadt ihren Pflichtanteil zwar parallel zum Landesanteil auf – dazu ist sie verpflichtet. Sie kürzt aber ihren freiwilligen Anteil entsprechend, so dass die Trägern lediglich in den Genuss der Erhöhung der Landeszuweisungen kommen. Diese kompensieren die Tarifsteigerungen der letzten Jahre

auch nicht im Ansatz.

Über diese mit dem aktuellen Schulausschuss-Beschluss verbundenen Fragwürdigkeiten hinaus besteht aber im Kölner OGTS-Programm nach wie vor eine Fülle weiterer Mängel, denen nicht mit der nötigen Entschlossenheit begegnet wird.

Bereits 2009 war, angegliedert an den Jugendhilfeausschuss, ein Unterausschuss Ganztage eingerichtet worden, der vor allem die Aufgabe hatte, die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität in der Ganztagschule zu konzipieren und ihre Realisierung voranzutreiben. Es wurde ein Konzept entwickelt, bei dessen Bekanntgabe es aber schon hieß, dass die finanziellen Mittel zur Umsetzung nicht vorhanden seien.

Fortan diskutierte der Unterausschuss Ganztage nur noch auf „Kakao-geldniveau“, und die gravierenden Probleme wurden nicht angegangen. Für die jetzige Legislaturperiode 2014-20 wurde der Ausschuss erst gar nicht wieder eingerichtet. So wurde im Rahmen einer von der GEW veranstalteten Konferenz im vergangenen Jahr das Fortbestehen der festgestellten Probleme konstatiert.

Inzwischen verschärft sich die Lage noch weiterhin. Die Personalsituation in den Offenen Ganztagschulen spitzt sich zu, da die Träger versuchen, die Mindestlohnregelung zu umgehen – beispielsweise durch trickreiche Kombinationen aus 450-Euro-Jobs und Komponenten so genannter selbstständiger Tätigkeit. Immer häufiger und vehementer beklagen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ganztags Träger ihre erheblich zu knappe Vergütung und die Unzulänglichkeiten ihrer Arbeitsplatzsituation.

Immer häufiger werden Elternbeschwerden laut, in denen das zum Teil äußerst niedrige Niveau der Nachmittagsaktivitäten und Qualitätsmängel des Gesamtangebots beklagt werden.

Die Ganztags Träger beklagen, dass die von den Schulen zu erbringenden Lehrereinsatzanteile vielfach unterlassen werden.

Die notwendige Kontrolle der Praxis, der Abrechnungen und der Verwendungsnachweise kann im Schuldezernat nicht im erforderlichen Umfang stattfinden, da die entsprechenden personellen Ressourcen nicht vorhanden sind. Und schließlich hat auch das Rechnungsprüfungsamt in diesem Jahr in aller Stille eine Reihe von gravierenden Mängeln bestätigt.

Hauptursache all dieser Unzulänglichkeiten ist die Unterfinanzierung des Ganztagsprogramms. Trotz der erwähnten Erhöhung bleibt die Förderung durch das Land NRW erheblich zu gering bemessen. Und die Stadt Köln unternimmt keine Anstrengungen zur Anhebung der freiwilligen Leistungen in dem Umfang, der zur Lösung der auf-



gezeigten Probleme erforderlich wäre. Ein in diese Richtung zielender Antrag der Kölner Linken wurde im Stadtrat in der vergangenen Woche von einer ganz großen Koalition von SPD, CDU, Grünen und FDP abgelehnt. Zugleich wurde auch hier, wie schon zuvor im Schulausschuss, die Aufstockung der OGTS-Platzzahlen beschlossen und ebenfalls euphorisch begrüßt. Die seitens der Linken aufgezeigten Qualitätsmängel wurden weiterhin tapfer verdrängt.

Für die zukünftige Entwicklung ist eher mit einer Zunahme der Probleme zu rechnen, da eine wirksame Konsolidierung des städtischen Haushalts immer schwieriger wird. In jedem Jahr wird

wohl auch weiterhin das Jugend- und Schuldezernat mit hohen Spar- und Kürzungsgeboten konfrontiert. Und wenn in einigen Jahren die unsinnigerweise grundgesetzlich festgelegte Schuldenbremse auch auf kommunaler Ebene wirksam wird, sind weitere drastische Verschärfungen unausweichlich. Im systemischen Zusammenhang der zum Verfassungselement erhobenen Austeritätspolitik der Bundesregierung sind weitere Verteuerungen und Restriktionen in allen Bereichen der Gemeinwohlfürsorge vorprogrammiert, wird die soziale Schere im Land immer weiter auseinander klaffen.

Oswald Pannes

Platz abbeck

Nr. 4, 23. Mai 2015

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE, Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Quellenhinweis:

Grabenkrieg eskaliert – Pro NRW demontiert sich selbst

KÖLN. Mit einer außerordentlichen Sitzung des Parteipräsidiums von Pro NRW am 14.5.2015 hat der schon länger währende Grabenkrieg einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Der stellvertretende Vorsitzende Markus Wiener und der Landesgeschäftsführer Detlef Schwarz wurden „wegen grob parteischädigenden Verhaltens mit Ordnungsmaßnahmen belegt“. Nach einem von Melanie Dittmer, ebenfalls erst kürzlich gefeuertes Pro NRW-Vorstandsmitglied und Dügida-Organisatorin, veröffentlichten Protokoll wurde „mit sofortiger Wirkung das Ruhen der Mitgliedsrechte von

Schwarz und Wiener beschlossen, gegen Wiener wird zudem ein Verfahren zur Amtsenthebung sowie für eine zweijährige Ämtersperre eingeleitet“. Kurz zusammengefasst: Wiener und Schwarz sind aus der Partei geflogen.

Ein weiterer Beschluss dürfte das Ende von Pro Köln bedeuten: „Das Präsidium beauftragt den Generalsekretär, in enger Kooperation mit Pro Köln einen Kreisverband der Bürgerbewegung Pro NRW in Köln zu gründen, der sich der Vorbereitung der Landtagswahl 2017 in Köln widmen soll.“ In Köln soll also eine Parallelstruktur zur bestehenden

Partei um Markus Wiener aufgebaut werden, um diese politisch an den Rand zu drängen.

Schon seit Wochen gibt es neben dem üblichen Pöstchengeschacher bei Pro NRW einen heftigen Streit um die politische Ausrichtung. Hauptkontrahenten sind dabei Wolfgang Palm und Dominik Roeseler. Roeseler steht für die Annäherung von Pro NRW an Hogesa und Pegida mit ihren diversen Ablegern. Er hatte im Oktober 2014 die Hogesa-Demo in Köln angemeldet und ist seitdem bei dem Hogesa-Ableger „Gemeinsam stark Deutschland“ aktiv. Palm hatte deswegen versucht, ihn aus der Partei zu drängen, um Pro Köln/Pro NRW weiter auf dem Weg der „seriösen“ Bürgerbewegung zu halten. Bei einer Abstimmung war Palm allerdings knapp gescheitert. Die Retourkutsche kam prompt mit der außerordentlichen Präsidiumssitzung. Neben Wiener und Schwarz dürfte jetzt Wolfgang Palm wohl der nächste Abgang sein. Damit verliert Pro NRW drei ihrer wichtigsten Kader und vollzieht einen politischen Richtungsschwenk. Die verbliebenen Pro NRWler Toni-Xaver Fiedler, Christopher von Mengersen und Dominik Roeseler stehen für die offene Zusammenarbeit mit der extremen Rechten. Der jahrelange mühsame Versuch, sich ein rechtskonservatives Deckmäntelchen überzustülpen, ist damit endgültig gescheitert.

Der große Vorsitzende Markus Beisicht scheint diesen Kurs mitzutragen und die Hogesa-/Pegida-Fraktion zu unterstützen. Allerdings ist, ungewöhnlich für Beisicht, in der Angelegenheit von ihm selbst nichts zu hören. Schon länger zeichnet sich ab, dass er das Heft nicht mehr in der Hand hält. Vielleicht ist er sogar der nächste Kandidat, der abserviert wird. Sein diktatorischer Führungsstil hatte in den letzten Jahren immer wieder zu Problemen geführt.

Pro NRW/Pro Köln katapultiert sich mit den aktuellen Spaltungen endgültig in die politische Bedeutungslosigkeit. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt dem jahrelangen antifaschistischen Engagement zu verdanken, mit dem Pro Köln/Pro NRW bei allen Kampagnen immer wieder schnell in die Schranken verwiesen wurde. Die erfolgreiche Kampagne „Kein Veedel für Rassismus“ und die daraus folgende Schlappe bei der Kommunalwahl 2014 hatte im letzten Jahr schon zu ersten Auflösungserscheinungen geführt, in deren Folge Markus Beisicht sich aus Köln zurückzog. Die Beteiligung von Pro-Funktionären bei Hogesa und Pegida hat diesen Prozess deutlich beschleunigt.

Also, Pro NRW/Pro Köln ist auf einem guten Weg, und der führt nach ganz weit unten. Freuen wir uns auf die nächsten Wochen und die nächsten Rauswürfe und Parteiaustritte.

Kein Veedel für Rassismus

Kommunale Politik

Unterbringung von Flüchtlingen in Harvestehude: „Das darf nicht das letzte Wort bleiben!“ HAMBURG.

Zum Urteil des Oberverwaltungsgerichts, das wie zuvor das Verwaltungsgericht den Umbau des ehemaligen Kreiswehersatzamtes in Harvestehude untersagt hat, erklärt die Flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft, Christiane Schneider: „Leider bestätigt das Oberverwaltungsgericht das erbärmliche Verhalten der wohlhabenden Klägerinnen und Kläger, die erst kürzlich einen Kompromissvorschlag abgelehnt haben.“ Wie auch immer im Einzelnen die Urteilsbegründung laute, die Botschaft des Urteils sei verheerend: „Wer Geld hat, kann sich seiner humanitären Verpflichtungen entledigen“, so Schneider. „Dass sich das Ressentiment gegen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Not flüchten durchsetzt, das darf nicht das letzte Wort bleiben.“

www.die-linke-hamburg.de

Die Linke will keine Sperrklausel für Kommunalwahl: ESSEN. Die Ratsfraktion Die Linke lehnt die Überlegungen der Landtagsfraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP zur Wiedereinführung einer 3%igen Sperrklausel für die Kommunalwahlen ab. Auch wenn sie selbst keine Sorgen hat, dieses Quorum zu erreichen, würde ein solcher Beschluss vielen Wähler/innen ihre Vertreter/innen nehmen.

„Es ist schon erstaunlich, aber manche Sozialdemokraten machen wahrscheinlich Luftsprünge, wenn sie an die 10%-Sperrklausel in der Türkei denken“, so die Fraktionssprecherin Gabriele Giesecke. „Wir halten die Einführung einer Sperrklausel von 3 % für einen großen Schritt zurück zu weniger Demokratie. Immerhin hat das Landesverfassungsgericht die Sperrklausel vor 16 Jahren als Reaktion auf eine Klage der PDS abgeschafft. Fast alle Bundesländer sind dem inzwischen gefolgt, weil sie zumindest auf der kommunalen Ebene keinen Grund für eine solche Klausel mehr sahen. Daran hat sich nichts geändert. Falls der Landtag eine Änderung des Kommunalwahlgesetzes beschließt, sind neue Klagen absehbar.“ Das Gutachten von Prof. Jörg Bogumil sieht die Ratsfraktion Die Linke als Gefälligkeitsgutachten für die Landtagsfraktion der SPD an. Lange Ratssitzungen als Zeichen der „Unregierbarkeit“ der Städte zu sehen, ist äußerst gewagt. In Essen sind die Ratssitzungen auch deshalb länger geworden, weil der Rat sich nicht so oft zu Sitzungen trifft, wie früher.

www.linksfraktion-essen.de

Schulbusse müssen Sicherheitsstandards erfüllen: DORTMUND. Nursen Konak, schulpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der

Fraktion Die Linke & Piraten, ist sehr verärgert über die Nachricht, dass die Polizei wieder einmal einen Schulbus aus dem Verkehr ziehen musste. Vor wenigen Tagen war bei einer Kontrolle festgestellt worden, dass mehrere geistig- und körperbehinderte Schüler der Max-Wittmann-Förderschule nicht angeschnallt waren. Die Sicherheitsgurte waren defekt. Der Skandal: Dem Busunternehmen war dieser Mangel seit geraumer Zeit bekannt. Schon im November hatte ein anderes Busunternehmen für Schlagzeilen gesorgt, weil ebenfalls behinderte – und damit besonders hilfebedürftige – Kinder nicht ordnungsgemäß angeschnallt, sondern regelrecht gefesselt waren. Doch der Schulausschuss lehnte damals den Antrag der Fraktion Die Linke & Piraten ab, die Kriterien bei der Ausschreibung von Schülerspezialverkehren zu ändern und künftig mehr auf die Qualität – und nicht nur auf den Preis – zu achten. Linke & Piraten forderten und fordern weiterhin, für den Schülerspezialverkehr in Dortmund die Kriterien des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zu übernehmen, der täglich über 5000 Förderschüler befördern lässt. Die Schulbusse dürfen nicht älter als zehn Jahre sein. Es werden nur Firmen zugelassen, die ihre Fahrer/innen tariflich entlohnen sowie einen qualifizierten und vorschriftsmäßigen Umgang mit den Kindern zusichern.

www.dielinke-dortmund.de

Kommunale Gesundheitskarte für Flüchtlinge und Asylsuchende: SAARBRÜCKEN. Um die medizinische Versorgung von Flüchtlingen im Asylverfahren und solchen mit Duldung zu verbessern, fordert Die Linke in der Regionalversammlung, die Einführung einer Gesundheitskarte nach dem „Bremer Modell“.

„Mit dem weitestgehend gleichberechtigten Zugang dieser Personengruppe zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, wird man endlich auch die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012 erfüllen“, erklärt Jürgen Trenz, Fraktionsvorsitzender und Mitglied des Gesundheitsausschusses. Bisher müsse vor einer medizinischen Behandlung ein Behandlungsschein von der zuständigen Sozialbehörde des Regionalverbandes eingeholt werden. Sachbearbeiter ohne medizinische Fachkenntnisse würden über die Notwendigkeit eines Arztbesuches und einer Behandlung entscheiden. Die Zentrale Ethikkommission der Bundesärztekammer kritisierte in diesem Zusammenhang, dass Entscheidungen über die Behandlungsbedürftigkeit von Patienten mit Migrationshintergrund in unserem Gesundheitssystem derzeit noch von medizinisch nicht Fachkundigen gefällt werden. Aus ihrer Sicht ist dies ausschließlich ei-

nem Arzt vorbehalten. Aufgrund der Erfahrungen aus Bremen, in der die kommunale Gesundheitskarte schon vor neun Jahren eingeführt worden ist, Hamburg, Münster und vielen weiteren Landkreisen gehe man von einer nicht unerheblichen Kosteneinsparung im Verwaltungsbereich aus. Sie könne in sechsstelliger Höhe liegen. Die Fraktion Die Linke verfolge mit dem Antrag das Ziel, Flüchtlingen und Asylbewerbern eine professionelle, bessere und zugleich auch effektivere Krankenbehandlung mit der Übertragung auf eine gesetzliche Krankenkasse zu gewährleisten. Verbunden mit dem Antrag seien die Erwartungen Bürokratie abzubauen, Mitarbeiter zu entlasten und im Endeffekt Kosten einzusparen.

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

Keine Perspektive für BREMERHAVEN – SPD und CDU bereiten große Koalition vor. Nach dem Verlust der Mehrheit für die rot-grüne Koalition in Bremerhaven hätte die Chance bestanden, Politik durch offene Entscheidungsprozesse in der Stadtverordnetenversammlung wieder transparenter und interessanter zu machen. Stattdessen interessiert sich die SPD nur für eine schnelle machtförmige Lösung. Eine Große Koalition ist gerade auf die extrem niedrige Wahlbeteiligung die denkbar schlechteste Antwort. Die Linke Bremerhaven kritisiert die Weigerung der SPD, sich auf eine offene Kooperation mit den demokratischen Parteien und Einzelbewerbern einzulassen. Nach den Sondierungsgesprächen mit den verschiedenen Parteien war dieses als Option sehr wohl möglich. Statt dessen streben SPD und CDU wieder eine große Koalition an. Hierzu Günter Matthiessen, Kreissprecher der Linken: „Wir haben auf eine Stärkung der Rolle der Stadtverordnetenversammlung gehofft. Statt dessen werden in Zukunft wieder die wichtigen Fragen – und die Personalentscheidungen wie die Wahl des Bürgermeisters und Stadtkämmerers – an der Stadtverordnetenversammlung vorbei hinter verschlossenen Türen entschieden.“

www.dielinke-bremerhaven.de

Freiburger Quotenbeschluss zu Mietwohnungen – ein gutes Signal! KARLSRUHE. Linke begrüßen den Beschluss des Freiburger Gemeinderats bei neuen Bauvorhaben 50 Prozent geförderten Mietwohnungsbau vorzuschreiben: „Die in Karlsruhe geltende Quote von 20 Prozent ist zu niedrig, über eine Erhöhung muss nachgedacht werden“. Mitte Mai 2015 hat der Freiburger Gemeinderat mit einer Stimme Mehrheit beschlossen, künftig bei neuen Bauvorhaben 50 Prozent geförderten Mietwohnungsbau vorzuschreiben. Ausnahmen sind möglich, müssen aber vom

Gemeinderat gebilligt werden. „Der Freiburger Gemeinderatsbeschluss zeigt, dass die Politik in einigen Kommunen beginnt den Ernst der Lage zu erkennen“, nehmen Stadträtin Sabine Zürn und Stadtrat Niko Fostiropoulos Stellung. „In Karlsruhe gab es 2014 rund 18 000 Haushalte, die auf eine preiswerte Wohnung angewiesen sind, dem standen noch rund 4.700 geförderte Mietwohnungen gegenüber, Tendenz stark abnehmend. Deswegen sollten bei neuen Bauvorhaben in unserer Stadt mehr als die derzeit geltenden 20 Prozent geförderter Wohnungsbau verlangt werden.“ In einer Anfrage an die Stadtverwaltung will die Linke wissen, welche Erfahrungen die Stadtverwaltung bisher bei Bauwilligen mit der 20-Prozent Quote gemacht hat.

www.dielinke-ka.de/

Humanitäre Unterstützung für den Wiederaufbau von Kobanê: MÜNCHEN. Antrag: Humanitäre Unterstützung für den Wiederaufbau von Kobanê. Der Stadtrat möge beschließen: Die Landeshauptstadt München unterstützt den Wiederaufbau der Gesundheitsversorgung von Stadt und Kanton Kobanê aus humanitären Gründen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Spendensammlung in München zu initiieren, verbunden mit der Zusage, dass die Stadt München den innerhalb von drei Monaten gesammelten Spendenbetrag aus städtischen Mitteln verdoppeln wird. Diese Gelder werden der seit vielen Jahren in der Region aktiven Organisation „medico international“ in geeigneter Weise übergeben. Die Landeshauptstadt wird sich über den Deutschen Städtetag dafür einsetzen, dass die von Kobanê angestrebte Wiederaufbau-Konferenz in Europa tatsächlich zustande kommt. Im Rahmen einer solchen Konferenz kann über weitere Hilfen deutscher Kommunen beraten werden, insbesondere zum Wiederaufbau der Infrastruktur und der Aus- und Fortbildung einheimischen Fachpersonals. Begründung: Am 15. Mai 2015 stattete der Gesundheitsbeauftragte des Kantons Kobanê/Nordost Syrien, Herr Nasan Ahmad, im Rahmen einer Rundreise auf Einladung des EU-Parlaments auch der Landeshauptstadt München einen Besuch ab und wurde von Stadträtin Gülseren Demirel in Vertretung des Oberbürgermeisters empfangen. Herr Ahmad schilderte das Ausmaß der Zerstörung durch die Überfälle des sogenannten Islamischen Staates: 80% aller Gebäude sind zerstört, 50% aller Wohnungen unbewohnbar, es gibt kein einziges Krankenhaus mehr, der Schulunterricht wurde provisorisch wieder aufgenommen, findet jedoch noch ausschließlich in Zelten statt. Mittlerweile sind zwar die Stadt und über 400 Dörfer im Kanton befreit, jedoch gibt es noch immer keinen humanitären Korridor aus der Türkei

in die notleidenden Gebiete. Es wird ein wesentliches Anliegen gerade der Wiederaufbau-Konferenz, die für Juli in Brüssel geplant ist, sein, die beteiligten Regierungen zu veranlassen, sich für die Einrichtung eines solchen humanitären Korridors gegenüber der Türkei einzusetzen. Aufgrund der äußerst schwierigen Transportmöglichkeiten wäre vor allem eine finanzielle Unterstützung über „medico international“ sehr hilfreich. Auch wenn die Landeshauptstadt nicht in jeder notleidenden Region dieser Welt helfen kann, ist sie aufgrund der großen Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Gesamt-Syrien und damit auch aus der Region Kobanê, die in München Zuflucht gefunden haben, zumindest indirekt betroffen. Eine Verbesserung der Lebensumstände in ihrer Heimat könnte dazu beitragen, dass Stadt und Kanton Kobanê eine Zukunft haben.

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Hoher Investitionsstau bei kommunaler Infrastruktur: BERLIN. Statement von Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, zu den Ergebnissen des KfW-Kommunalpanels 2015: „Die Ergebnisse des vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag der KfW Bankengruppe erstellten KfW-Kommunalpanel 2015 bestätigen die Einschätzungen des Deutschen Städtetages zum teilweise schlechten Zustand der kommunalen Infrastruktur und zu regionalen Unterschieden zwischen den Kommunen. Das KfW-Panel zeigt deutlich, dass die Städte dem Ausbau der Kindertagesbetreuung unter großen Anstrengungen Priorität eingeräumt haben. Die Haushaltslage lässt es vielfach nicht zu, auch in anderen Bereichen hinreichend Investitionen zu tätigen. Zudem ist der Investitionsrückstand im Bereich der Schulen gestiegen, zum Beispiel aufgrund wachsender Anforderungen an Ganztagschulen und an die Inklusion. Hier werden Investitionen in Höhe von fast 32 Milliarden Euro für nötig gehalten. Im Verkehrsbereich wird der Investitionsstau auf rund 34 Milliarden Euro geschätzt. Insgesamt beträgt der von den Kommunen wahrgenommene Investitionsrückstand laut KfW-Kommunalpanel rund 132 Milliarden Euro. Unter dem über Jahrzehnte aufgewachsenen Investitionsstau leiden besonders die finanzschwächeren Städte. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Deutsche Städtetag das Investitionspaket von 3,5 Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen, das vom Bund in diesem Jahr auf den Weg gebracht worden ist. Gleichzeitig bleibt unsere Forderung aktuell, im Zuge der anstehenden Reform der föderalen Finanzbeziehungen die Investitionskraft der Kommunen auch auf Dauer zu stärken.“

www.staedtetag.de

(Zusammenstellung: ulj)



www.verdi.de

Billig, billiger, Deutsche Post AG

Die Deutsche Post AG hat die Erklärungsfrist verstreichen lassen und die Weichen auf Streik gestellt. Während zehn Verhandlungstagen seit Mitte März hat sie sich nicht in Richtung Konfliktlösung bewegt. Positive Nachrichten verkündete der Chef der Deutschen Post AG (DPAG), Frank Appel, bei der Hauptversammlung Ende Mai nur für die Aktionäre. Er bestätigte die Gewinnziele, die für 2015 bei knapp drei Milliarden Euro liegen. Und wie von ihm vorgeschlagen, wird die Dividende auf 85 Cent pro Aktie erhöht. Das wird insbesondere den Bund freuen, der noch 21 Prozent der Anteile an dem ehemaligen Staatsunternehmen hält.

Doch bezahlt werden Gewinne und Dividende von den Beschäftigten. In seiner Rede auf der Hauptversammlung sprach Appel von „erheblichen Wettbewerbsnachteilen bei den Lohnkosten“. Die für ihn logische Folge: Hier muss gespart

werden. Die Deutsche Post gründete dazu Anfang des Jahres 49 Regionalgesellschaften unter dem Dach der neuen Tochter DHL Delivery GmbH. Eingestellt werden vornehmlich Postbeschäftigte, die bislang mit Befristungen gehalten wurden. Doch die Festanstellung hat ihren Preis. Die Löhne liegen 20 Prozent unter denen, die Verdi mit der DPAG ausgehandelt hat. Die Postbeschäftigten sind sauer über diesen Vertragsbruch. Mittlerweile legen sie täglich die Arbeit nieder, sorgen für erhebliche Störungen in der Paket- und Briefzustellung. Damit erinnern sie ihren Arbeitgeber daran, dass sie auf Kurzpausen und arbeitsfreie Tage verzichtet haben. Im Gegenzug hatte die Deutsche Post AG zugesichert, in maximal 990 Bezirken die Zustellung von Briefen und Paketen an externe oder konzerninterne Unternehmen zu vergeben. Doch davon weicht die DPAG jetzt ab. Daher wollen die Beschäftigten bei

vollem Lohnausgleich nur noch 36 statt bisher 38,5 Stunden arbeiten, um den Vertragsbruch zu kompensieren.

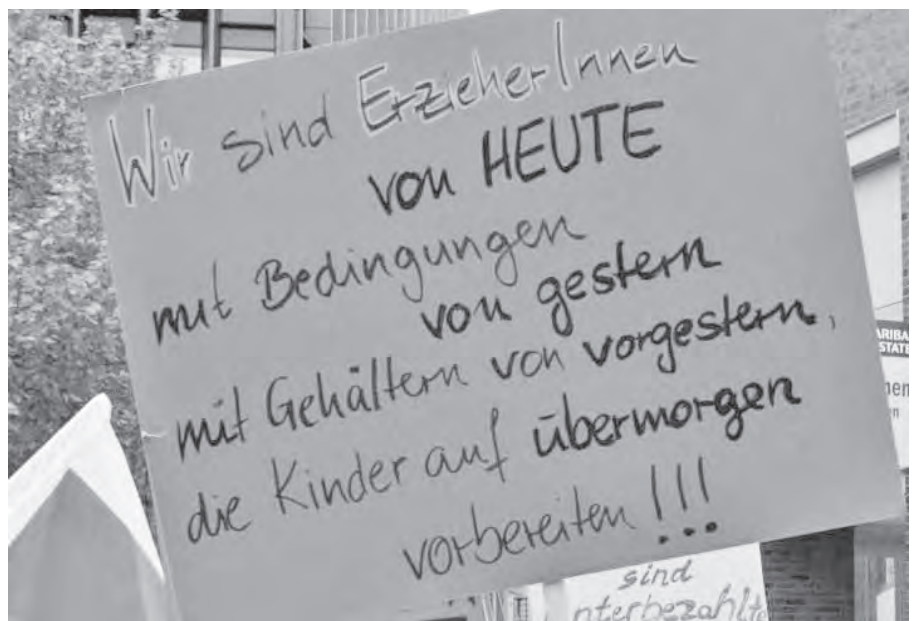
Beamte/innen und Leiharbeiter/innen als Streikbrecher

Hinzu kommen weitere Trickserien der DPAG. So setzt sie Beamte/innen zum Streikbruch ein. Auf freiwilliger Basis, sagt das Unternehmen. Dieser Auffassung ist jetzt auch das Bonner Arbeitsgericht gefolgt, bei dem Verdi eine einstweilige Verfügung erwirken wollte. Doch behält sich Verdi weitere Rechtsmittel vor, geht die Gewerkschaft doch davon aus, dass der Einsatz oft nicht freiwillig erfolgt.

Auch den Einsatz von Leiharbeiter/innen als Streikbrecher wirft Verdi dem Unternehmen vor. Da dieser rechtlich nicht zulässig ist, würden sie über Werkverträge oder nicht vom Streik betroffenen Tochtergesellschaften angeheuert. Der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske warnte bei einer Kundgebung anlässlich der Hauptversammlung vor einer Spaltung des Betriebes und der Belegschaft. „Für uns alle ist nach dem Vertragsbruch durch den Aufbau der DHL Delivery GmbH klar: Ohne einen rechtssicheren Schutz vor der Fremdvergabe gibt es für die Beschäftigten der Deutschen Post AG keine Sicherheit“, so Bsirske.

Neben der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich fordert Verdi in der laufenden Entgeltrunde 5,5 Prozent mehr Lohn bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Im Zuge der Tarifaussinandersetzungen mit der Deutschen Post AG ruft die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) ab 4. Juni zu zeitlich befristeten Streikmaßnahmen auf. Wenn es in der dritten Verhandlungsrunde am 10. und 11. Juni keinen Durchbruch gäbe, müsse sich Deutschland auf einen langen Poststreik einstellen.

Erzieher/innen vor der Schlichtung: Am 28.05 demonstrierten 15.000 Kita-Beschäftigte in Hamburg für höhere Löhne und eine Aufwertung ihres Berufes. Auch in anderen Städten gingen Tausende auf die Straße. Daran beteiligten sich auch Elterninitiativen, die die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) aufforderten, ein Tarifangebot vorzulegen. In vielen Städten wurden Ratsresolutionen zur Rückzahlung der Elternbeiträge verabschiedet. Seit Montag ist der Streik beendet, weil die Arbeitgeberseite eine Schlichtung verlangt hat. Zuvor waren die Tarifverhandlungen in der Nacht zum Donnerstag ohne Ergebnis geblieben. Trotz Bewegung auf beiden Seiten hatten die Arbeitgeber bei ihren Vorschlägen für viele Tätigkeiten und ganze Berufsgruppen keinerlei Verbesserungen vorgesehen.



Jetzt auch in München: Die „GroKo“ will Sonntagsarbeit im Handel

MÜNCHEN., 7.5. Gemeinsam sprechen sich SPD und CSU (Koalition im Stadtrat, PB) für Sonntagsarbeit am Stadtgründungstag, Sonntag 14. Juni, in München aus. Für die Gewerkschaft Verdi ist dieser Vorgang ein „Kniefall der Politik“ vor dem Einzelhandelskartell. Ohne Beteiligung der Betriebsräte und der Gewerkschaft wurde diese Aktion gemeinsam zwischen SPD, CSU und City-Partner ausgeheckt und soll nun offensichtlich ohne demokratische Beteiligung des Stadtrats vom Kreisverwaltungsreferat in Windeseile umgesetzt werden, sagt Georg Wäsler, langjähriger Handelsexperte bei Verdi in München.

„Was spielen da noch die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familien und Angehörigen für eine Rolle, wenn man sich einig ist zwischen Kapital und Politik“, sagt Thomas Loihl, ehrenamtlicher Vorsitzender der Fachgruppe Einzelhandel bei Verdi.

SPD-Fraktionschef, Alexander Reissl, entlastet sein „soziales Gewissen“ mit dem Hinweis: „Niemand soll gezwungen sein, seine Sonntagsruhe zu opfern!“ Leider nur ein frommer Wunsch, der sich aber arbeitsrechtlich nicht halten lässt, sagt Wäsler. Freiwilligkeit ist weder über das Betriebsverfassungsrecht vorgesehen, noch existiert es in den Arbeitsverträgen als Wahlmöglichkeit für die/den einzelne/n Beschäftigte/n.

Fast 60 000 Beschäftigte, davon ca.

70 % Frauen, sind im Münchner Einzelhandel beschäftigt. Wenn davon nur ein Drittel am Sonntag zur Arbeit eingeteilt ist, wird der Stadtgeburtstag vielen in schlechter Erinnerung bleiben.

Anfang nächster Woche wird Verdi mit den in der Allianz zusammengeschlossenen Organisationen und Kirchen über weitere Schritte beraten.

Nachfolgend die eine Pressemitteilung der Linken im Stadtrat München:

Wer am Freitag nicht streikt, muss am Sonntag arbeiten – der Stadtgeburtstag ist zu schade für ein Marketing-Event!

Am Freitag, 22. Mai werden die Beschäftigten des Einzelhandels der Münchner Innenstadt nicht einfach nur streiken – sie gehen auch auf die Straße für ihr Recht auf den arbeitsfreien Sonntag.

„Auch wenn die große Kooperation aus CSU und SPD mit ihrer Mehrheit den vierten verkaufsoffenen Sonntag für München durchgewunken hat, heißt dies noch lange nicht, dass auch die betroffenen Beschäftigten in den Innenstadtläden dies einfach so akzeptieren. Es ist ihr gutes Recht, über die Betriebsräte die erforderliche Zustimmung zu verweigern!“ betonte Stadtrat Cetin Oraner.

Als Mitglied des Kreisverwaltungsausschusses des Stadtrates und nach der fatalen Abstimmung am Dienstag unterstützt Oraner die Ankündigung von Verdi, die Beschäftigten am Freitagvormittag zu Streikversammlung, Demonstration und Kundgebung am



Stachus aufzufordern. Die Linke hatte bereits in der Ausschuss-Debatte klargemacht, dass sie die angeführten Begründungen von CSU – „ein Zeichen an die Kirchen“ und SPD – „das schafft Mehrwert“ für absurd hält.

„Keine einzige der zahlreichen Bürgerinitiativen unserer Stadtgesellschaft hat sich für diese überflüssige Form von „Belebung“ stark gemacht, im Gegenteil: Die Kirchen haben in einem gemeinsamen Appell dagegen protestiert, ebenso die „Allianz für den freien Sonntag“ und natürlich die Gewerkschaften. Einzig die Innenstadt-Lobbyisten von CityPartnerMünchen wollen ‚den Mehrwert steigern‘ – allerdings nur den der großen Filialketten und Kaufhauskonzerne!“ ergänzte Linken-Stadträtin Brigitte Wolf.

„Sonntag gehören Mami und Papi uns“ könnte man in Anlehnung an den Gewerkschaftsspruch der fünfziger Jahre sagen. Die Linke im Münchner Stadtrat wünscht den Beschäftigten jedenfalls viel Erfolg bei ihren Aktionen und wird sich weiterhin im Interesse der Beschäftigten für eine Reduzierung von Sonntagsarbeit einsetzen.

Kommunale Arbeitgeber (VKA) und Bundesverband für Luftverkehrswirtschaft kritisieren Tarifeinheitgesetz.

FAZ., Sa., 23.5.15. – Die VKA wertet das Gesetz nur als „Schritt in die richtige Richtung“. Leider bleibe es dabei, dass Kindergärten und Verkehrsbetriebe bei geringem Aufwand für die Gewerkschaft mit großen Folgen bestreikt werden könnten. „Insbesondere für diese Bereiche brauchen wir klare und verlässliche Spielregeln für die Arbeitskämpfe“, sagte VKA-Hauptgeschäftsführer M. Hoffmann. Hauptgeschäftsführer der Luftverkehrswirtschaft, M. von Randow, wertete das Gesetz als „vertane Chance“, in diesem Sektor „wirkungsvolle Regeln für mehr Tariffrieden“ zu schaffen. „Deswegen brauchen wir für diesen speziellen kritischen Bereich Regeln für Tarifkonflikte.“ W. Steiger vom CDU-Wirtschaftsrat fordert, ähnlich wie Kommunen und Luftverkehrsbranche, verpflichtende Schlichtungen für den öffentlichen Sektor und klare gesetzliche Kriterien, wann ein Streik die Grenze der Verhältnismäßigkeit überschreitet.

VDA will Griechenland „nicht um jeden Preis retten“.

FAZ., Sa., 6.6.2015. – M. Wissmann, Präsident des Verbandes der Autoindustrie und Vizepräsident des BDI, erklärte: „Ich bin der Meinung, dass Griechenland nicht um jeden Preis in der Eurozone gehalten werden sollte. Es wäre hoch problematisch, wenn bestehende Verträge und europäische Regeln zugunsten Griechenlands in Frage gestellt werden würden.“ Er befürchtet, dass mit einem Vertragsbruch für die Griechen das gesamte Fundament der Eurozone zu erodieren drohe: „Die Folge wäre eine wachsende ökonomische und fiskalische Verantwortungslosigkeit in Mitgliedstaaten der Eurozone.“

DIHK sieht Wachstum kritisch.

FAZ., Fr., 29.5.15. – Der Wirtschaftsaufschwung sei „gedopt und geliehen“. Er wird sich in diesem Jahr nach Einschätzung der Deutschen Industrie- und Handelskammern mit 1,8 % deutlich verstärken. Der Aufschwung werde aber fast ausschließlich vom niedrigen Ölpreis, dem zum Dollar gesunkenen Eurowert und niedrigen Zinsen getra-

gen. Die Regierung tue zu wenig, um die strukturellen Defizite zu abzubauen, so M. Wansleben, DIHK-Hauptgeschäftsführer. Zwar rechne man z.B. auf der Basis von Befragungen mit 250 000 Neueinstellungen, eigentlich müssten es aber mehr sein, sagte DIHK-Chefvolkswirt A. Schumann.

BDI will Briten in der EU halten.

FAZ., Sa., 30.5.15. – Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) hat von der britischen Regierung ein klares Bekenntnis zur EU gefordert. Großbritannien erhalte nach einem Austritt weniger Investitionen aus dem Ausland, sagte BDI-Hauptgeschäftsführer M. Kerber. Er verwies darauf, dass Großbritannien ein enger wirtschaftspolitischer Partner Deutschlands sei. „Die Briten sind für uns entscheidend, wenn es darum geht, den europäischen Binnenmarkt zu vertiefen, den Zugang zu neuen Märkten zu erschließen und für strukturelle Reformen zugunsten der europäischen Wettbewerbsfähigkeit einzustehen“, so Kerber.

Zusammenstellung: rst

Wirtschafts-
presse

„Macht aus allem was draus!“

Es war eine bewegende Rede, bei der Gregor Gysi gleich im ersten Satz sagte, worauf die Delegierten und die Medien zwei Tage lang gewartet haben. Nach rund 25 Jahren in der ersten Reihe von PDS, Linkspartei/PDS und schließlich Die Linke wird er im Herbst nicht wieder zum Vorsitzenden der Bundestagsfraktion kandidieren. Die Rede war eine Bilanz eines Vierteljahrhunderts linker Geschichte. Gregor Gysi hat einen riesigen Anteil daran, dass es erstmals seit dem KPD-Verbot gelang, in der Bundesrepublik eine sozialistische Partei zu einer parlamentarischen wirkungsvollen Kraft zu entwickeln. „Macht aus allem was draus“, heißt es als Fazit in seiner Rede, die wir hier abdrucken.

Gregor Gysi hat der Partei Die Linke auch seine Vorstellungen zu Regierungsbeteiligungen ans Herz gelegt. Dieses Thema bestimmte ein gutes Stück weit die Debatten vorher und vor allem die Medienberichterstattung. Wie er das Thema sieht, wird in seiner Rede deutlich. Beide Vorsitzende, sowohl Katja Kipping als auch Bernd Riexinger, äußerten sich deutlich distanzierter und schoben den „Schwarzen Peter“ vor allem der SPD zu: Die Positionen der SPD mit Sigmar Gabriel an der Spitze lasse wenig Übereinstimmung erkennen. Ähnlich, nur etwas drastischer, äußerte sich Sahra Wagenknecht.

Das hielt sie nicht davon ab, Bodo Ramelow als ersten Ministerpräsident der Partei Die Linke zu feiern. Bodo Ramelow machte auch deutlich, worin die Auflösung der Frage des Regieren-Wollens oder Nicht-Regieren-Wollens bestehen kann: „Regieren ist kein Selbstzweck, Nicht-Regieren aber auch nicht“, führte er aus. „Und es ist nicht egal, wer regiert, das machen wir in Thüringen deutlich. Regieren muss Teil eines politischen Projektes sein. Unser Projekt in Thüringen ist es, das Öffentliche zu erhalten und auszubauen.“ Genau dieses „Projekt“ erläuterte er und sprach sich deutlich für den Erhalt des öffentlichen Eigentums in öffentlicher Hand, für die Stärkung der Kommunen und Schritte zur Kommunalisierung vor allem von Einrichtungen der Daseinsvorsorge aus, für ein „Willkommen“ für Flüchtlinge und vieles mehr. Er wurde dafür auch vom Parteitag mit stehenden Ovationen gefeiert. Die bisherige Politik von Rot-Rot-Grün in Thüringen bietet bisher wenig Ansatzpunkte für Kritik von links.

Anders ist das schon mit den Äußerungen zum Einsatz der Bundeswehr, die Bodo Ramelow kurz vor dem Par-

teitag in einem Interview gemacht hatte. Kriegsschiffe zum Einsatz in der Flüchtlingshilfe – ein ja eher flapsiger Vorschlag – waren mehreren Redner/innen Anlass zur Kritik und zu Lippenbekenntnissen. Darin den Anfang zur Zustimmung zu Auslands-(Kampf-) Einsätzen der Bundeswehr zu sehen, ist allerdings eher etwas hergeholt. Dass Die Linke antimilitaristisch ist und insbesondere Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt, ist und bleibt eine Grundlage der Programmatik der Partei.

Der durch eine ganze Reihe von Anträgen meist ohne große Kontroverse geänderte Leitantrag des Parteivorstandes brachte nicht viel Neues. Verabschiedet wurden ein Antrag des Forums demokratischer Sozialismus (fds) „Die Linke – Partei der Fluchthelfer“ und eine Resolution zur Solidarität mit der HDP in der Türkei ebenso wie Anträge zur Unterstützung der Forderungen der Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen, der Streiks bei der Post und dem Krankenhaus Charité in Berlin. Die vielfältigen Streikbewegungen der letzten Wochen standen auch im Fokus etlicher Beiträge, auch der Rede von Bernd Riexinger, ohne jedoch an den gescheiterten Vorstellungen vom Aufbau einer „Gewerkschaftspartei“ anzuknüpfen.

Immerhin: Mit Reiner Hoffmann redete erstmals ein DGB-Vorsitzender auf einem Parteitag der Linken. Er warb dafür, im gesellschaftlichen Lager der Reformkräfte stärker das Gemeinsame hervorzuheben, als das Trennende.

Die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen wurde am Samstag zu später Stunde geführt. Die Meinungen hierzu sind sehr unterschiedlich, aber immerhin gelang es, hierzu eine sehr „gesittete“ Debatte zu führen, überwiegend als Podiumsdiskussion, an der die beiden Parteivorsitzenden unterschiedliche Flügelpositionen vertraten. Sie mündete in einer von allen Beteiligten gemeinsam vorgelegten Resolution, die den Diskussionsstand festhält und die Gemeinsamkeiten hervorhebt, z.B. die Kritik an Hartz IV als mit vielen Sanktionen und Schikanen verbundenem Sozialhilfesystem.

Ebenfalls recht einmütig verabschiedet wurden neue Regelungen zu den Beiträgen. Den Mindestbeitrag von 1,50 Euro wird es weiter geben. Gleichzeitig gab es den Appell an Ärzte und Rechtsanwälte in den Reihen der Linken, nicht nur den Mindestbeitrag zu zahlen, sondern sich an der Beitrags-tabelle zu orientieren.

Gremienarbeit nicht so wichtig?

Kontrovers zu ging es dann noch einmal bei den kommunalpolitischen Leitlinien, die dem Parteitag von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik vorgelegt worden waren. Der Entwurf war in monatelangen Diskussionen der BAG erarbeitet worden. Auch wenn die Kommunalpolitik gerne immer mal wieder als „Herzstück der Partei“ bezeichnet wird, wollte der Parteivorstand die Debatte ursprünglich gar nicht auf dem Parteitag führen. Er wollte ursprünglich nur einen kurzen Antrag einbringen, der den Parteivorstand beauftragen sollte, die kommunalpolitischen Leitlinien zu behandeln und zu verabschieden. Damit war die BAG nicht einverstanden und brachte den Antrag selbst ein.

Kontrovers zu ging es, weil den Delegierten kurz vorher im dritten Antragsheft – einige erhielten es mit der Post erst nach dem Parteitag – ein kompletter Ersetzungsantrag der Antikapitalistischen Linken vorgelegt wurde, der vor allem im Landesverband NRW erarbeitet worden war. Während sich die kommunalpolitischen Leitlinien bemühen, konkrete Erfahrungen linker Kommunalpolitik der letzten Jahre zusammenzufassen und Alternativen zu entwickeln, macht schon die Überschrift des AKL-Antrages den propagandistischen Tenor deutlich: „Eine andere Kommune ist möglich: Für eine kämpferische Kommunalpolitik“. Er richtet sich sehr einseitig gegen eine Politik sozialer Kürzungen, ohne Gestaltungsalternativen zu entwickeln, ohne deutlich zu machen, was eine lebenswerte Kommune für alle ausmacht.

Gleichzeitig liefert er ein merkwürdig verqueres Bild der „Gefahren“ linker Kommunalpolitik, wenn es z.B. heißt: „Linke Kommunalpolitik darf sich ... nicht auf die offizielle Politik in den Kommunalvertretungen und Gremien beschränken. Mehr noch: Diese sollten nicht im Mittelpunkt der linken Kommunalpolitik stehen ... Die Basis der linken Kommunalpolitik muss die Verankerung der Partei und die Verbreitung linker Ideen in den sozialen Bewegungen sein ...“

Eine deutliche Mehrheit sieht als Basis linker Politik in den Kommunalvertretungen die Verfolgung der Interessen der Wählerinnen und Wähler der Linken, vor allem der sozial ausgegrenzten Kräfte an und sieht in der Kommunalpolitik nicht nur ein Vehikel für den Parteaufbau, das wurde in der Abstimmung über die Diskussionsgrundlage deutlich. Der Antrag der

AKL erhielt nur wenige Stimmen. Immerhin: Am bemerkenswertesten war vielleicht, dass die AKL sich überhaupt begonnen hat, mit kommunalpolitischen Fragen zu beschäftigen. Das lässt hoffen, dass in der Praxis vielleicht gerade auf dieser Ebene Wege gefunden werden können, besser „zueinander“ zu kommen. Die Leitlinien wurden mit einigen Änderungen schließlich mit großer Mehrheit verabschiedet und bieten seit dem Zusammengehen mit der WASG erstmals einen von einem Bundesparteitag beschlossenen

Rahmen für linke Kommunalpolitik. Insofern sind sie zur Kenntnisnahme empfohlen.

In der nächsten Zeit wird viel davon abhängen, die vom Parteitag bzw. von Gregor Gysi aufgeworfene Personalfrage solidarisch und vor allem ohne quälenden Personalstreit zu lösen. Wenn aus den Reihen von SPD und Grünen schon Stimmen laut werden, mit dem Rückzug von Gregor Gysi in die zweite Reihe verschwinden auch die Chancen für Rot-Rot-Grün, so ist diese Diskussion doch erheblich von

Interessen geleitet. Wahrscheinlich ist, dass die Bundestagsfraktion eine Doppelspitze von Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht wählt. Das Vorschlagsrecht hierfür hat jedoch der Parteivorstand, der sich wahrscheinlich schon nächste Woche äußern will. Flexibel ist nicht nur Dietmar Bartsch, sondern im Zweifelsfall auch Sahra Wagenknecht – jedenfalls, wenn es um Einfluss geht.

Die Chancen, dass es zu keinem Streit um Personen kommt, sind jedenfalls durchaus da. *Wolfgang Freye*

Gregor Gysi: „Heute spreche ich letztmalig als Vorsitzender unserer Bundestagsfraktion auf einem unserer Parteitage“



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, verehrte Gäste,

heute spreche ich letztmalig als Vorsitzender unserer Bundestagsfraktion auf einem unserer Parteitage.

Die Legislaturperiode des Fraktionsvorstandes endet im Herbst 2015, ich werde nicht erneut kandidieren, da die Zeit gekommen ist, den Vorsitz unserer Fraktion in jüngere Hände zu legen.

Der Vorstand unserer Fraktion beschloss, am 13. Oktober 2015 Wahlen der neuen Vorsitzenden abzuhalten, die Wahlen für den übrigen Fraktionsvorstand finden am 3. November 2015 statt.

Die Entscheidung für den 13. Oktober ist schon deshalb wichtig, weil die Zahl 13, wie ich finde, eine Glückszahl ist.

Unsere beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger, so haben wir es in der Geschäftsordnung der Fraktion geregelt, besitzen ein Vorschlagsrecht für meine Nachfolgerin und meinen Nachfolger. Sie haben damit eine große Verantwortung, die wir ihnen nicht durch ausufernde Personaldebatten erschweren sollten. Sie werden nach Beratungen, für die selbstverständlich auch ich zur Verfügung stehe, von ihrem Recht Gebrauch machen und eine Kandidatin und einen Kandidaten vorschlagen. Außerdem darf selbstverständlich jedes Mitglied der Fraktion auch von sich aus kandidieren.

Ich möchte einige wenige Bemerkungen zu meiner Entscheidung machen.

Im Mai 2013 saß ich mit verantwortlichen Genossinnen und Genossen des Parteivorstandes und der Fraktion vor der Bundestagswahl zusammen und habe ihnen erklärt, dass ich wusste, dass die Hauptlast des Wahlkampfes auf mir als einem der Spitzenkandidaten liegen werde. Ich sagte, dass ich dies auch in Ordnung fände, aber niemals Wählerinnen und Wähler betrüge und deshalb erneut anschießend für das Amt des Fraktionsvorsitzenden kandidierte. Ferner erklärte ich Ihnen, dass ich nach einer Legislaturperiode des Fraktionsvorstandes, also im Herbst

2015, nicht wieder kandidieren werde. Diese Entscheidung hatte ich damals bekannt gegeben, so dass ich versichern kann, dass spätere Erklärungen oder Empfehlungen von Personen oder Gremien der Partei nichts, aber auch gar nichts damit zu tun haben.

Da ich in Berlin Treptow-Köpenick direkt für vier Jahre in den Bundestag gewählt worden bin, ist auch klar, dass ich nach dem Ausscheiden aus dem Fraktionsvorstand Mitglied des Bundestages bleibe. Ich hoffe sogar, dann etwas mehr Zeit für meinen Wahlkreis zu finden. Die Frage, ob ich 2017 versuche, erneut für den Bundestag zu kandidieren, kann ich heute noch nicht beantworten. Ich werde diese Entscheidung im Jahr 2016 treffen. Selbstverständlich ist, dass ich meine Verantwortung als Fraktionsvorsitzender bis zum 13. Oktober 2015 vollständig wahrnehmen werde. Und ebenso selbstverständlich ist für mich, dass ich dann die Verantwortung wirklich abgebe, das heißt nicht heimlich versuchen werde, die Fraktion auf indirekte Art weiter zu leiten.

In letzter Zeit haben viele angefangen, meine Entscheidung vom Mai 2013 ernst zu nehmen, zumindest noch ernster zu nehmen. Sie haben mit mir gesprochen, um mich zu einer anderen Entscheidung zu bewegen. Noch nie war die Zustimmung zu mir in der Fraktion so groß wie jetzt.

Übrigens hat ein Abgeordneter – das hat mir auch gefallen – zu mir gesagt, dass ich für ihn das kleinere Übel sei und deshalb unbedingt bleiben solle. Ich bin ihm dankbar, denn jetzt weiß ich endlich, was das kleinere Übel ist, nämlich ich.

Und ich weiß auch, dass die Partei und ich in der Gesellschaft einen nicht ganz unbeachtlichen Akzeptanzschub genommen haben. All das freut mich wirklich sehr. Und ich möchte mich bei allen, die mit mir darüber diesbezüglich gesprochen haben, herzlich bedanken, aber ich glaube, dass man gerade in einer solchen Phase und mit 67 Jahren eine solche Verantwortung abgeben sollte

und nicht erst, wenn ihr seit geraumer Zeit denkt, wann ich endlich aufhöre.

In den ersten Jahren meiner politischen Tätigkeit begegneten mir fast nur Extreme. Entweder wurde ich geliebt, fast angebetet, oder gehasst. Beides ist sehr anstrengend. Hass deshalb, weil man mit sich selbst nicht klarkommt, ich verstand die Ablehnung nicht. Ich wusste nicht, was ich den Leuten getan hatte. Aber die tiefe Zuneigung war noch schlimmer, weil ich wusste, dass ich die Wünsche der Menschen nicht erfüllen konnte, und es tat mir so weh, sie enttäuschen zu müssen.

Ihr werdet euch wundern, aber damals war es für mich im Westen leichter, obwohl wir dort ziemlich chancenlos waren, vielleicht auch, weil wir dort chancenlos waren.

Trotzdem vergisst man nicht, wer anfangs, damals noch von einem anderen Land, mit einem sprach und wer nicht. Im Januar 1990 besuchten mich Antje Volmer von den Grünen, der inzwischen leider verstorbene Harry Ristock und Egon Bahr, beide Sozialdemokraten. Wir sprachen intensiv miteinander und ich möchte mich heute bei Antje Volmer und Egon Bahr dafür bedanken. Harry Ristock lud mich übrigens 1990 zu seiner Laubentpieper-Party ein, die er jährlich im Frühjahr durchführte. Er teilte mir dann mit, dass die Hälfte seiner Gäste wegen der Einladung an mich abgesagt hätte. Ich sagte ihm, dass mir das Leid tue und ich ja nicht zu kommen brauche. Er sagte, ich müsse auf jeden Fall kommen, weil die Hälfte, die abgesagt hatte, ihn nicht mehr interessiere. Das hat mir schon imponiert.

Ich habe dann Hass und Ablehnung auch im Bundestag gespürt, ich weiß, welche Journalisten gegen mich ermittelt haben und in jeder Weise gegen mich vorgegangen sind und vorgehen. Ich weiß, wie viele Prozesse ich führen, wie sehr ich um meinen Ruf kämpfen musste. Ich werde die Anhörung im Immunitätsausschuss des Bundestages nie vergessen.

Übrigens hat die FDP trotz gravieren-

der politischer Meinungsunterschiede bei mir für immer einen kleinen Stein im Brett, weil sie neben meiner Fraktion die einzige war, die bei meiner Verurteilung nicht mitmachte.

Den Rechtsstaat habe ich zu schätzen gelernt, denn die Gerichte gaben mir recht und nicht den anderen. Die Staatsanwaltschaften stellten die Ermittlungen gegen mich ein, wollen es zumindest, weil sie sich nicht missbrauchen ließen und lassen. Gerade weil ich auch in einer Diktatur gelebt habe, kann ich Euch nur raten, die Rechtsstaatlichkeit hoch zu schätzen und sie immer zu schützen, auch wenn einem die Gerichtsurteile logischerweise nicht immer gefallen.

In dieser Phase gab es viel Solidarität aus meiner Partei, für die ich mich bedanken möchte. Ebenso möchte ich mich bei denen bedanken, die mich einluden, obwohl sie sich Ärger einhandelten. Und ich möchte mich auch bei den Journalistinnen und Journalisten bedanken, die mich gerade damals in Talkshows holten und das bei ihren Redaktionsleitungen durchsetzten oder die faire Interviews in Zeitungen mit mir führten, so dass ich Chancen bekam, das Bild über unsere Partei und mich zu korrigieren.

Ich werde nicht anfangen, einzelne Leute auf meinem politischen Weg zu würdigen, weil ich wichtige vergäße, was sie mir übel nähmen und ich mir selbst noch viel übler nähme.

Aber ich möchte Hans Modrow würdigen, der als vorletzter Ministerpräsident der DDR eine höchst komplizierte und sehr verantwortliche Tätigkeit leistete, die viel zu wenig, viel zu selten auch von uns gewürdigt wird. Ich weiß, Hans, dass wir nie eng befreundet waren, aber du sollst wissen, dass ich dich immer geschätzt habe und auch heute schätze.

Außerdem muss ich euch von dem Küchenkabinett erzählen, dessen Ruf so war, dass man es nicht in Ordnung fand, dass es dieses überhaupt gab, und sich gleichzeitig freute, dass es existierte. Dazu gehörten Lothar Bisky, dessen Tod mir sehr zu schaffen gemacht hat; Michael Schumann, dessen Tod eben so furchtbar für mich war; Dietmar Bartsch, André Brie, Heinz Vietze und ich. Natürlich wurden gelegentlich auch weitere Personen hinzugezogen, aber eine Truppe war das schon. Und wenn wir uns auf meinem damaligen Grundstück in Buckow trafen, haben wir alles Wichtige besprochen, oft auch geklärt. Allerdings haben wir auch sehr gut gegessen und nicht schlecht getrunken, um es ehrlich zu sagen.

Diesem Kabinett fehlte zweifellos die demokratische Legitimation, aber in der damaligen Zeit ging es nicht anders, dazu waren die Angriffe auf die Partei viel zu schwerwiegend. Und ich weiß, es gab ein Problem bei diesem Kabinett, die Quotierung. Aber ich versichere Euch, unter den Sechs war zumindest ein in jeder Hinsicht ausgewiesener Feminist.

Ich sage Euch aber nicht, wer es war. Bedanken will ich mich aber heute und ausdrücklich bei Dietmar Bartsch, André Brie und Heinz Vietze.

Beachtlich war, dass es mir bei der Bundestagswahl 1994 gelang, drei höchst unterschiedliche, hervorragende, ältere Persönlichkeiten für unsere Fraktion zu gewinnen.

Heinrich Graf Einsiedel, Wehrmachts-offizier, dann Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland. Er verließ die DDR, galt dann in der BRD vielfach als Verräter. Ein parteiloser, sehr feiner, eleganter, kluger und kritischer Geist.

Stefan Heym, ein Jude, der wegen der Nazis emigrieren musste, dann in den Streitkräften der USA gegen Hitler kämpfte, ein herausragender Schriftsteller, der schonungslos den Staatssozialismus kritisierte. Als er als parteiloser Alterspräsident den Bundestag 1994 eröffnete, brachten die Abgeordneten der CDU/CSU ihre Missachtung ihm gegenüber zum Ausdruck, was nur sie selbst beschädigte.

Beide sind inzwischen verstorben.

Gerhard Zwerenz, der die DDR in den 50er Jahren verließ, ist ein sehr wacher und analytischer Geist. Dieser Schriftsteller bezeichnete sich auf einem unserer Parteitage als Antikommunisten und erklärte uns, dass es davon auch eine demokratische, linke Variante gäbe. Vor kurzem wurde er 90 Jahre alt, und ich will ihm – und ich denke, auch in eurem Namen – noch einmal herzlich gratulieren.

Wenn diese drei Männer im Bundestag erschienen und redeten, konnte man den Neid im Gesicht buchstäblich ablesen, und wir waren zu Recht stolz.

Großes Glück hatte ich mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mir im Parteivorstand und im Bundestag direkt oder indirekt zugeordnet waren. Ich denke an die Fahrer, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mir bei der politischen Arbeit halfen, an die, die für mich organisierten und schrieben. Sie alle waren hundertprozentig loyal, sehr fleißig, solidarisch und schufen mir eine angenehme Arbeitsatmosphäre. Bei ihnen will ich mich herzlich bedanken.

Aus der SED eine PDS zu transformieren, war eine ungeheuer schwere Aufgabe. Wie konnte ein wirklicher Drang zu Freiheit und Demokratie erreicht werden? Wie konnte man sozialistisch bleiben, ohne als Anhängerin bzw. Anhänger des gescheiterten Staatssozialismus zu gelten? Es gab zunächst massenhaft Austritte, den Wunsch nach Auflösung, aber auch den Wunsch nach Reformen.

Dass es uns gelungen ist, die Partei so umzukrempeln und Schritt für Schritt die Akzeptanz im Osten zu erweitern, das war eine Leistung, auf die wir stolz sein können. Trotzdem, das Projekt PDS wäre ausgelaufen, weil es kulturell nur äußerst geringe Chancen in den alten

Bundesländern hatte. Deshalb war die Vereinigung von der Partei des Demokratischen Sozialismus mit der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zur Partei Die Linke ein so wichtiger Akt, egal wie die Entwicklungen danach im Einzelnen beurteilt werden. Aus den alten Bundesländern haben sich hierbei Oskar Lafontaine, Klaus Ernst und Thomas Händel besondere Verdienste erworben. Machen wir uns nichts vor, ohne Oskar Lafontaine hätte das Ganze nicht geklappt, wäre auch ich übrigens nicht in die Politik zurückgekehrt. Auch wenn sich unsere Anteile an Wählerinnen und Wählern in Ost und West nach wie vor gravierend unterscheiden, wir sind inzwischen eine bedeutende politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind – wer hätte sich das früher vorstellen können – Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag.

Inzwischen werden wir auch mit unserer scharfen Kritik am Abhörskandal gegenüber unserer Bevölkerung, an der Wirtschaftsspionage und an der Beschädigung der Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn durch die NSA, der Beihilfe durch den BND und dem Schweigen und Verschweigen durch die Bundesregierung ernst genommen und gehört.

Die Frage ist, was sollte unsere Partei auszeichnen?

Erstens. Wir brauchen ein zutiefst kritisches Verhältnis zum Staatssozialismus, also auch zur DDR. Wir müssen die Einschränkungen von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit deutlich herausarbeiten und so glaubhaft wie möglich garantieren, dass wir ein Höchstmaß an Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anstreben. Wir müssen herausarbeiten, weshalb die Wirtschaft nicht funktionierte, den Mangel an Produktivität, Produkten und Dienstleistungen. Wir müssen für die Zukunft garantieren, dass es auch mit uns eine hohe Produktivität, eine funktionierende Wirtschaft und keine Mangelwirtschaft geben wird. Viel zu wenig wird mit uns eine funktionierende Wirtschaft verbunden, das muss sich ändern.

Andererseits dürfen wir aber nicht zulassen, dass das Bild von der DDR, die Leistungen der Menschen dort und ihre Biografien so arrogant, so von außen und ohne Kenntnis gewertet werden. Es gab beachtliche soziale und kulturelle Leistungen. Es gab leider eine politische Ausgrenzung auch in der Bildung, die es nie hätte geben dürfen, aber es gab keine soziale Ausgrenzung, wie wir sie heute massenhaft erleben. Der Zugang zu Bildung, Kunst und Kultur war für jede und jeden in der DDR im Unterschied zu heute bezahlbar. Wenn wir das richtige Maß an deutlicher Kritik auf der einen Seite und an Respekt auf der anderen Seite finden, dann sind wir glaubwürdig.

Zweitens. Wenn wir sozialistisch bleiben wollen, müssen wir erklären, was uns und warum am Kapitalismus stört, auch was uns nicht stört, sondern im Gegenteil gut ist und wie man das Störende überwinden und das andere erhalten kann. Gegen eine kapitalistische Diktatur ist die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt, um sie zu überwinden, braucht man eine Revolution. Wir aber leben in einer politischen Demokratie. Deshalb kommt für uns nur der gewaltfreie Weg der Transformation in Frage. Wir müssen versuchen, eine Mehrheit der Menschen in unserem Land von unserem Weg zu überzeugen. Wenn uns das nicht gelingt, haben wir nicht das Recht, sie zu unserem Weg zu zwingen.

Aber was funktioniert am Kapitalismus und was nicht?

Der Kapitalismus kann eine höchst effiziente und produktive Wirtschaft hervorbringen, es gibt so gut wie nie einen Mangel an Waren und Dienstleistungen. Allerdings steht der Profit über allem. Ein Medikament für seltene Krankheiten rechnet sich nicht und wird so gut wie nie entwickelt. Die großen Banken und Konzerne haben eine übergroße und demokratiegefährdende Macht. Sie organisieren für sich eine funktionierende Weltwirtschaft, nehmen alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Haftung, und es steht ihnen nicht einmal im Ansatz eine funktionierende Weltpolitik gegenüber. Wenn wir über eine Einschränkung der Macht der großen Banken und Konzerne nicht nur reden, sondern sie tatsächlich erreichen wollen, brauchen wir das Bündnis mit dem Mittelstand. Auch ihn stört die Marktdominanz der großen privaten Banken und Konzerne. Ihn stört auch, dass sie selbst Pleite gehen dürfen, die anderen aber nicht. Ihn stört, dass er ehrlich Steuern bezahlen muss, während sich die Konzerne und großen privaten Banken erfolgreich davor drücken.

Ein solches Bündnis brauchen wir also, aber es darf kein Zweckbündnis sein. Wir müssen es ernst meinen. Sie dürfen nicht den Eindruck haben, dass wir sie über die Steuern kaputt machen wollen. Klar muss für uns und sie sein, dass es unsere Pflicht ist, die Schwächsten in unserer Gesellschaft, dann die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber eben auch die breite Mitte der Gesellschaft, zu vertreten. Das heißt, wir sollten eine Partei sein, die die Interessen der Obdachlosen, der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, der Flüchtlinge, der Hartz IV-Empfängerinnen und Hartz IV-Empfänger, der Arbeitslosen, aber ganz entschieden auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Rentnerinnen und Rentner, auch der Bäuerinnen und Bauern, der Beamtinnen und Beamten, nicht zu vergessen, der Kinder und Jugendlichen, der Menschen mit Behinderungen, der Freiberuflerinnen und Freiberufler,

der Selbstständigen, der kleinen und mittleren Unternehmerinnen und Unternehmer vertreten. Das aber bedeutet, dass wir mit unserem Vorschlag von einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent bei der Einkommensteuer nicht zu früh anfangen dürfen. Wir sollten nicht die Mitte der Gesellschaft treffen. Ich finde, der Spitzensteuersatz sollte für das Einkommen gelten, das bei einer Ledigen bzw. einem Ledigen über 100 000 Euro brutto pro Jahr liegt. Darüber wird beim nächsten Wahlprogramm zu diskutieren sein.

Übrigens, egal ob in Brandenburg oder in Berlin, wenn wir den Wirtschaftsminister oder den Wirtschaftssenator stellten, funktionierte die Wirtschaft gut. Ich finde, wir sollten aufhören, dies zu verschweigen und im Gegenteil beginnen, mit Stolz darauf zu verweisen.

Wir sollten dafür streiten, dass die öffentliche Daseinsvorsorge ausschließlich in öffentliche Hand gehört, dafür, dass die großen Privatbanken verkleinert und öffentlich-rechtlich wie die Sparkassen gestaltet werden. Alle Unternehmerinnen und Unternehmer sollten wissen, dass wir immer für mehr Demokratie in Unternehmen, das heißt für mehr Mitbestimmung und für angemessene und gerechte Löhne streiten werden. Aber sie sollen bis zum Mittelstand auch wissen, dass wir das Bündnis mit ihnen ehrlich suchen, auch ihre Interessen vertreten.

Ich werde häufig gefragt, ob ich denn wirklich glaubte, dass Mittelständlerinnen und Mittelständler uns wählten. Abgesehen von Ausnahmen wird das nicht der Fall sein. Ihr müsst aber Folgendes beachten: Mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer haben auf den größten Teil ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich mehr Einfluss als wir. Wenn sie ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erklären, dass sie ins Ausland gingen, falls wir an die Regierung kämen, oder kurz vor der Insolvenz stünden, wird es viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben, die uns nicht wählen.

Wenn wir das angesprochene Bündnis ehrlich eingingen, sagten sie zu ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in etwa: Na ja, die Linken sehe ich mal so, mal so. Das ist schon eine generelle Erlaubnis für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, uns zu wählen. Unterschätzt diese Seite nicht.

Der Kapitalismus kann keinen Frieden sichern. Das hat mindestens zwei Gründe. Es geht um die Eroberung von Märkten, und es wird am Krieg zu viel verdient. Deshalb sind unsere Forderungen nach einem Verbot von Rüstungsexporten und nach der Überwindung von privater Rüstungsproduktion besonders wichtig. Wir sind und müssen eine Friedenspartei sein und bleiben.

Der Kapitalismus bringt andererseits hervorragende Leistungen auf den Ge-

bieten der Forschung, Wissenschaft, Kunst und Kultur hervor. Wir müssen aber einen zunehmenden Kulturabbau ebenso bekämpfen wie wir uns dafür einzusetzen haben, den chancengleichen Zugang aller zu Kunst, Kultur und Bildung zu ermöglichen. Wir müssen die entschiedensten Kämpfer auch dort gegen soziale Ausgrenzung sein. Der letzte Zweck von Politik muss ein Mehr an Kultur sein.

Wir brauchen als Partei wieder viel engere Gesprächskontakte zu Künstlerinnen und Künstlern, zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Sie sehen Dinge anders als wir, und es ist für uns so wichtig, die Partei und uns selbst auch mal anders gesehen zu bekommen.

Der Kapitalismus ist sozial höchst ungerecht. Es gibt eine zunehmende Tendenz, den Reichtum in wenigen Händen zu konzentrieren und die Armut zu verbreiten. Das ist eine Katastrophe und führt zu Not, Elend und Hunger. Jährlich sterben durchschnittlich 70 Millionen Menschen auf der Erde, die häufigste Ursache ist der Hunger. Obwohl wir eine Landwirtschaft haben, die die Menschheit zweimal ernähren könnte, sterben jährlich 18 Millionen Menschen an Hunger. Es darf nicht sein, dass Menschen wegen der Höhe des Profits verhungern müssen. 80 Personen auf der Welt besitzen genauso viel Vermögen wie 3,5 Milliarden Menschen, also die finanziell untere Hälfte der Menschheit – absurd! Wir sind also die Partei, die am entschiedensten für soziale Gerechtigkeit kämpft.

Der Kapitalismus hat aber auch große Schwierigkeiten, ökologische Nachhaltigkeit durchzusetzen. Wir stehen vor einer Klimakatastrophe. Ökonomische Interessen sprechen zum Teil gegen ökologische. Das ist das Problem des Kapitalismus. Wachstum ist übrigens ein positiver Begriff. Es ist nicht klug zu sagen, dass man gegen Wachstum sei, weil die Menschen das dahingehend missverstehen, dass man ihnen etwas wegnehmen, dass man ihre Lebensqualität einschränken will. In Wirklichkeit bedeutet aber ökologische Nachhaltigkeit ein Wachstum an Lebensqualität. Das muss man herausarbeiten. Die herannahende Klimakatastrophe zeigt, dass wir vor Menschheitsfragen stehen. Menschheitsfragen lassen sich nur beantworten, wenn es eine Struktur für Weltpolitik und ein Primat der Weltpolitik über die Wirtschaft gibt. Menschheitsfragen lassen sich nur beantworten, wenn die gravierendsten sozialen Probleme gelöst sind. Es muss eine Angleichung der Lebensverhältnisse auf allen fünf Kontinenten geben, damit sich die Menschen ihren Menschheitsfragen stellen. Eine Familie, die an Hunger leidet, interessiert sich weder für ökologische Nachhaltigkeit noch für Pressefreiheit. Außerdem zeigt dies, dass die Industriegesellschaften ernsthaft

beginnen müssen, die Fluchtursachen zu bekämpfen, nicht die Flüchtlinge. Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit ist also auch eine wichtige Aufgabe, wenn man ökologische Nachhaltigkeit erreichen will. Und deshalb ist es so richtig und wichtig, wenn wir von sozial-ökologischer Nachhaltigkeit sprechen.

Was also im Kapitalismus funktioniert, muss bleiben und weiterhin funktionieren. Und was nicht funktioniert und ungerecht ist, das müssen wir versuchen, zusammen mit anderen zu überwinden.

Drittens. Ich möchte euch etwas zu einer möglichen Regierungsmitverantwortung im Bund sagen. Ich kann dies jetzt völlig frei tun, weil ich mit Sicherheit einer solchen Verhandlungsdelegation nicht angehören werde und nicht die geringste Absicht habe, Bundesminister zu werden. Ja, wirklich nicht die geringste.

Es gibt bei uns viele, die eine Regierungsverantwortung anstreben und es gibt solche, die sie nicht wollen. Letztere können das aber nicht zugeben und werden nur für sehr viele rote Haltelinien streiten, die man auf gar keinen Fall unterschreiten dürfe, in der Hoffnung, dass SPD und Grüne schon an der zweiten Haltelinie scheitern.

Und ich kann das durchaus verstehen. Mitverantwortung für die Nato, die Bundeswehr, schon die Europäische Union ist ihnen gruselig. Ehrlicher wäre, sie sagten einfach, dass sie dagegen sind. Aber sie wissen, dass sich 90 Prozent unserer Wählerschaft wünscht, das wir in einer Regierung Verantwortung übernehmen. Das hemmt sie in ihren Aussagen.

Ich finde übrigens im Unterschied zu vielen von uns, dass Haltelinien jeglicher Art, die andere Parteien kaum kennen, ein Misstrauen gegenüber der eigenen Verhandlungsdelegation zum Ausdruck bringt, das wir nicht nötig haben. Wir beschließen ein Wahlprogramm, das ist die Richtlinie. Die Vorsitzenden der Partei wären die Verantwortlichen für solche Verhandlungen. Misstrauen gegen sie ist nicht gerechtfertigt. Dabei ist doch eines klar, man muss kompromissfähig sein, aber man darf seine Identität nicht verlieren. Die Schritte können nach unserer Auffassung zu kurz sein, aber sie müssen in die richtige Richtung gehen. Und liebe Genossinnen und Genossen, wir sind eine 10-Prozent-Partei, keine 50-Prozent-Partei. Das müssen wir zunächst zur Kenntnis nehmen. Außerdem müssten bei uns die Mitglieder der Partei über eine Koalition im Bund ohnehin durch Urabstimmung entscheiden.

Die gesellschaftliche Akzeptanz, die wir inzwischen erreicht haben, ist über viele Jahre gewachsen und schwer erarbeitet worden. Dass wir kaum noch aus dem Bundestag wegzudenken sind, dass die Menschen im Land die Linke inzwischen schon weitgehend für selbst-

verständlich erachten, sollte uns selbstbewusster machen. Es ist uns gelungen, das politische Spektrum der Bundesrepublik deutlich nach links zu erweitern, was vor 1989 völlig undenkbar war. Das ist eine historische Leistung. Wir haben Deutschland, was die Linke betrifft, europäisch normalisiert und müssen nun uns selbst ebenfalls normalisieren. Es wird Zeit, unseren Erfolg anzunehmen und den nächsten Schritt zu gehen, also alle Formen des politischen Agierens in den Ländern und im Bund als selbstverständlich wahrzunehmen, als Normalfall unserer politischen Arbeit zu begreifen.

Wir haben die Mitverantwortung durch Regieren bisher auch als Mittel betrachtet, gesellschaftliche Akzeptanz zu erringen. Dann aber macht man vielleicht das eine oder andere Zugeständnis zu viel, dann ist man vielleicht das eine oder andere mal zu wenig selbstbewusst.

Wir können und sollten auch auf Bundesebene regieren wollen, und zwar selbstbewusst, mit Kompromissen, aber ohne falsche Zugeständnisse. Eigentlich sollte man nie sagen, zu welchen Kompromissen man bereit wäre, weil das spätere Verhandlungen nicht erleichtert, sondern erschwert. Ich begehe aber mal diesen Fehler, um die Bereitschaft in unserer Partei zu erhöhen.

Selbst wenn wir nicht jeden Bundeswehrsoldaten aus dem Ausland zurückbeordert bekämen, aber es schafften, dass sich Deutschland an Kriegen wie gegen Jugoslawien, gegen Afghanistan, gegen den Irak, gegen Libyen, bei allen Kampfeinsätzen auf keinen Fall während unserer Regierungsmitverantwortung beteiligte – welcher gewaltiger Fortschritt wäre dies?

Wahrscheinlich schafften wir es nicht, dass es keinen Waffenexport mehr gäbe. Aber wenn wir erreichten, dass es keine Waffenexporte mehr in Spannungsgebiete und an Diktaturen gäbe – welcher gewaltiger Fortschritt wäre dies?

Natürlich schafften wir es nicht, die Europäische Union völlig umzukrempeln, aber wenn statt Sozial- und Demokratieabbau ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Demokratie entstünde – welcher gewaltiger Fortschritt wäre dies?

Stellt Euch ein Aufbauprogramm für Griechenland, durch eine solche Regierung vorangetrieben, vor – welcher gewaltiger Fortschritt wäre dies?

Wenn es uns gelänge, die TTIP-Verhandlungen wenigstens auszusetzen und damit in der Zeit unserer Mitregierungsverantwortung zu stoppen – welcher gewaltiger Fortschritt wäre dies? Eine erfolgreiche Zeit der Aussetzung könnte das Ganze auch nach einer Regierungsverantwortung von uns zum Stoppen bringen.

Wenn uns im Verhältnis zu Russland Deeskalation gelänge, wenn Russland in Europa wieder integriert werden

würde, und dadurch auch das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes wiederhergestellt werden könnte – welcher gewaltiger Fortschritt wäre dies?

Natürlich gäbe es auch bei einer Regierungsmitverantwortung von uns noch Geheimdienste und die NSA. Wenn es uns aber gelänge, selbstbewusst gegenüber der US-Regierung aufzutreten, Verhandlungen über ein No-Spy-Abkommen nicht vorzutauschen, sondern zu erreichen, die Massenüberwachung und die Wirtschaftsspionage zu überwinden, die Vorratsdatenspeicherung zu verhindern sowie die eigenen Geheimdienste deutlich einzuschränken und wirksam zu kontrollieren – welcher gewaltiger Fortschritt wäre dies?

Stellt euch vor, wir könnten die Zustimmungsrechte der Betriebsräte und der Personalräte erweitern und die prekäre Beschäftigung deutlich zurückdrängen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter hätten zumindest ab der ersten Stunde Arbeitszeit Anspruch auf 110 Prozent des Lohnes, den jemand aus der Stammbesellschaft für die gleiche Arbeit in dem Unternehmen erhält. Damit würde Leiharbeit zur Ausnahme werden und die Stammbesellschaften nicht mehr über sie unter Druck gesetzt werden können. Der Niedriglohnssektor könnte viel effektiver bekämpft werden. Befristete Arbeitsverhältnisse gäbe es nur noch mit Sachgrund und nicht willkürlich. Der Missbrauch von Werkverträgen könnte ausgeschlossen, zumindest zurückgedrängt werden. Welcher gewaltige Fortschritt wäre es, wenn wir den Druck erhöhten, endlich für gleiche Arbeit in gleicher Arbeitszeit in Ost und West den gleichen Lohn zu zahlen? Und wenn wir durchsetzten, dass man in Ost und West für die gleiche Lebensleistung die gleiche Rente bezieht?

Welchen gewaltigen Fortschritt bedeutete mehr Steuergerechtigkeit? Es könnte uns gelingen, die Steuerfreibeträge für den ärmeren Teil der Bevölkerung zu erhöhen, die kalte Progression und den Steuerbauch für die Mitte der Gesellschaft zu beseitigen und den Spitzensteuersatz angemessen zu erhöhen. Natürlich müsste auch die Vermögensteuer wieder erhoben werden, ohne die kleinen und mittleren Unternehmen dadurch zu schwächen oder gar kaputtzumachen.

Welchen gewaltigen Fortschritt bedeutete es, endlich eine angemessene und stabile Finanzierung der Kommunen zu erreichen? Was nur über Umverteilung und Steuergerechtigkeit verwirklicht werden kann.

Ich sage euch offen: In den letzten Fragen sehe ich die größten Schwierigkeiten beim Ringen mit SPD und Grünen.

Dasselbe gilt für unsere Vorstellungen, die Rente grundsätzlich zu reformieren. In der nächsten Generation wollen wir, dass alle mit Erwerbsein-

kommen in die Gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Wir gönnen ihnen berufsständische Versorgungen und private Versicherungen. Aber es ändert nichts an ihrer Pflicht zur Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung und das ohne Beitragsbemessungsgrenze. Wer ein hohes Einkommen erzielt, muss eben auch einen Beitrag von dem hohen Einkommen bezahlen. Und für Spitzenverdiener muss die Rentenerhöhung abgeflacht werden. Dann hätten wir gute Grundlagen, das Rentenniveau zu erhöhen, so dass die Menschen eine Rente bezögen, mit der sie den Lebensstandard aufrechterhalten könnten, den sie sich im Erwerbsleben erarbeitet haben. Altersarmut könnte also abgebaut und dann überwunden werden.

Durch eine Veränderung des Versicherungssystems könnten wir erreichen, die Zwei-Klassen-Medizin zu überwinden und eine ausreichend finanzierte Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsfürsorge zu gestalten, die sich ausschließlich nach der Art der Erkrankung des Menschen und nicht nach seiner sozialen Stellung richtet. Wir könnten die Pflege so finanziert bekommen, dass sie sich nicht nach Minuten, sondern nach den Bedürfnissen der Betroffenen richtet.

Schwierig wären auch die Verhandlungen zu einer sanktionsfreien Mindestsicherung.

Entschieden müssen wir uns für deutlich bessere Bildungseinrichtungen und Chancengleichheit vor allem für alle Kinder in der Bildung einsetzen und für die Überwindung der schlechten Bezahlung der so genannten Frauenberufe. Wir müssen versuchen, die Gesellschaft dafür zu öffnen, dass nicht nur gleicher Lohn für gleiche Arbeit, sondern auch gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit erreicht werden muss. Deshalb gilt dem Arbeitskampf der Erzieherinnen und Erzieher, der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter unsere volle Solidarität, obwohl wir die gewaltigen Probleme und Sorgen der Eltern, die nicht mehr wussten, wie sie ihre Kinder unterbringen sollten, gut verstehen und nachvollziehen können. Aber den Erzieherinnen und Erziehern, den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern blieb und bleibt kein anderer Weg.

Na, und dass endlich die Homo-Ehe käme, wäre wohl selbstverständlich.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn es jemals zu Verhandlungen kommt, werden sie schwer, aber wir alle haben nicht das Recht, uns vor Schwierigkeiten zu drücken. Und außerdem brauchen wir auch etwas Neues. Immer nur zu sagen, wir sind und bleiben Opposition und gehen auf gar keinen Fall in eine Bundesregierung, ist für die Akteurinnen und Akteure langweilig und für die Wählerinnen und Wähler wenig überzeugend. Aber leicht ist es nicht, in die Regierung zu gehen und trotzdem gesellschaftlich Opposition zu bleiben.

Aber ich denke, wir könnten das schaffen. Ich finde, wir sollten diesbezüglich offensiver, fordernder werden und SPD und Grüne stärker unter Druck setzen. Mit Anbiederung hat das nichts zu tun, sondern mit dem Wunsch nach schnellen realen gesellschaftlichen Veränderungen. Veränderungen erreicht man auch in Opposition, aber eben nur deutlich schwieriger und langwieriger. Und wenn Sondierungen oder Koalitionsverhandlungen scheitern, dann darf dies nicht an uns liegen, sondern an SPD und bzw. oder den Grünen.

Denn sie stehen doch vor den eigentlich schwierigen Fragen. Will die SPD zur Alternative für die Union werden oder deren Anhängsel bleiben? Wollen die Grünen zur Union gehen oder das Gegenüber stärken? Aus diesen schwierigen Fragen sollten wir sie, liebe Genossinnen und Genossen, nicht entlassen. Darauf kommt es mir an. Darauf kommt es mir an.

Viertens. Eine wichtige Frage für unser Image besteht auch darin, ob wir eine Partei des Verbieters oder des Erlaubers werden. Jede und jeder von uns weiß, dass es bestimmte Verbote geben muss. Aber ich empfehle entschieden, dass wir eine Partei des Erlaubers werden.

Ich war mal auf einem Landesparteitag in einem Bundesland, in dem wir noch nicht in den Landtag eingezogen waren. Es ist uns übrigens bis heute noch nicht gelungen. Auf jeden Fall wurde über das Wahlprogramm diskutiert. Und dann stand ein Delegierter, der Sportwissenschaftler nannte, auf und erklärte, dass er als Sportwissenschaftler wüsste, dass sämtliche Europa- und Weltmeisterschaften schädlich für die Sportlerinnen und Sportler seien und deshalb vorschläge, in das Wahlprogramm die Forderung nach einem Verbot von Europa- und Weltmeisterschaften in diesem Bundesland aufzunehmen. Und wenn ein Wissenschaftler so etwas sagt, hat es die Mehrheit auch sofort beschlossen.

Ich habe mich gefragt: Wir sind noch nicht einmal im Landtag, aber die Leute sollen gleich wissen, dass wir ihnen ein Vergnügen streichen. Warum könnte man nicht beschließen, über solche Fragen diskutieren zu wollen? Weshalb muss es gleich ein Verbotsbeschluss sein?

Fünftens. Natürlich müssen wir eine Partei bleiben, die Rassismus, Antisemitismus, Faschismus und jede Form von Nazismus entschieden bekämpft. Deshalb steht uns auch keine Arroganz gegenüber dem so genannten Kleinbürgertum zu, im Gegenteil. Wir müssen versuchen, es zu gewinnen, dürfen es nicht dem Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus einfach überlassen. Übrigens mag ich leidenschaftliche, engagierte, auch radikale Leute, aber keine Extremistinnen und Extremisten, schon weil sie frei von Humor und Toleranz sind.

Dass Rechtsextremisten furchtbar

sind, ist klar. Linksextremisten können aber auch mehr als unangenehm sein. Übrigens, Tierschützerinnen und Tierschützer sind wichtig, aber fanatische Tierschützerinnen und Tierschützer sind mir auch unheimlich. Ich glaube, sie mögen Menschen nicht besonders.

Wenn wir diese fünf Punkte stärker beachteten, können wir uns endlich aus dem 10-Prozent-Wert bei den Bundestagswahlen nach oben entwickeln und auch außerparlamentarisch eine bedeutendere Rolle spielen.

Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, kurz für mich Resümee zu ziehen.

Als ich mich 1989 entschied, in die Politik zu gehen, ahnte ich nicht einmal im Ansatz, was auf mich zukommen sollte. Hätte ich es gewusst, hätte ich es wohl nicht getan. Aber vielleicht ist es ein Vorteil, dass man nie genau weiß, worauf man sich einlässt.

Wie ich eingangs sagte, haben sich die Akzeptanz unserer Partei und auch meine Akzeptanz in der Gesellschaft deutlich erhöht. Ich habe ja nicht viele Fähigkeiten, aber eine. Ich kann ziemlich gut mit sehr reichen Leuten, mit mittelreichen Leuten, mit Unternehmerinnen und Unternehmern aller Couleurs, vor allem mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, auch mit Rentnerinnen und Rentnern, mit Bäuerinnen und Bauern, mit Beamtinnen und Beamten, mit Jugendlichen, besonders gerne mit Kindern, mit Menschen mit Behinderungen, mit Arbeitslosen, mit Flüchtlingen, mit Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, mit Hartz IV-Empfängerinnen und Hartz IV-Empfängern, mit Obdachlosen und vielen anderen reden. Keineswegs immer unstrittig, aber eben reden. Das müssen wir, glaube ich, alle lernen. Und ich habe immer versucht, die politische Sprache zu übersetzen. Unser Ziel muss sein, verstanden zu werden.

Ich will und kann gar nicht einschätzen, was ich in der ersten Reihe der Politik in den letzten 26 Jahren geleistet habe, aber ich glaube schon, dass ich einen Anteil an den Möglichkeiten habe, die wir uns inzwischen erschließen konnten. Ich glaube auch, dass ich einen Anteil am gewachsenen Respekt habe. Und ich bin auch ein bisschen stolz darauf, dass wir inzwischen in der Geschichte der Bundesrepublik den ersten Ministerpräsidenten stellen, der links von der Sozialdemokratie organisiert ist. Ich freue mich, dass ich einen Anteil daran habe, dass man über einen demokratischen Sozialismus im Kapitalismus wieder ernsthaft diskutieren kann und dass herausragende linke Persönlichkeiten der deutschen Geschichte nicht vergessen sind. Das gilt für Karl Marx und Friedrich Engels, für Wilhelm Liebknecht und August Bebel, für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, für Clara Zetkin, für Karl Kautsky und Eduard Bernstein und viele andere.

Auch für linke internationale Persön-

lichkeiten wie Antonio Gramsci, die ich aber nicht schaffe, auch nur einigermaßen vollständig aufzuzählen, gilt, das wir einen Beitrag geleistet haben und auch künftig leisten müssen, dass sie nicht aus dem Gedächtnis der Gesellschaft gestrichen werden.

Ich habe eine Bitte an Euch: Macht aus alledem was draus!

Das Leben in der ersten Reihe der Politik hat seine Vor- und Nachteile. Die Eitelkeit wird schon durch den hohen Grad der Bekanntheit befriedigt. Es gibt auch kleine Vorteile. Da bekommt man gelegentlich noch Plätze oder Karten, die es eigentlich nicht mehr gibt.

Man hat aber vor allem mehr Einfluss auf Veränderungen des Zeitgeistes, man lernt Persönlichkeiten kennen, an die andere gar nicht herankommen. Ich kann sie nicht alle aufzählen, aber besonders stolz bin ich auf mein Treffen und Gespräch mit Nelson Mandela, eine der herausragendsten Persönlichkeiten der letzten Jahrzehnte. Diese Kraft, diese Toleranz, diese Großmütigkeit nach über 20 Jahren Haft bei ihm, fast unvorstellbar.

All dies war für mich in diesen Jahren eine große Bereicherung.

Aber die Mitgliedschaft in der ersten Reihe der Politik hat bei mir auch spezielle und generell gravierende Nachteile. Man steht unter ständiger öffentlicher Kontrolle. Ich habe viel zu wenig Freundschaften gepflegt, ich hatte viel zu wenig Zeit für meine Angehörigen, und das lag nicht an euch, die ihr mich eingeladen habt, das ist euer Recht, das ist sogar eure Pflicht, auch nicht an den anderen, die mich einluden, sondern es lag an mir, weil ich zu selten Nein sagte, mich einfach zu wichtig nahm.

Das ist eine große Gefahr, wenn man in der ersten Reihe der Öffentlichkeit steht. Ich werde andere nicht davor bewahren können. Aber bei meinen Angehörigen, meinen Freundinnen und Freunden möchte ich mich heute aufrichtig entschuldigen. Es tut mir sehr, sehr leid.

Zum Schluss will ich allen Mitgliedern unserer Partei, will ich allen Sympathisantinnen und Sympathisanten unserer Partei, will ich allen Wählerinnen und Wählern unserer Partei, will ich aber auch denjenigen, die zwar unsere Partei nicht wählten, aber mir ihre Stimme gaben, will ich denen, die das alles nicht waren, aber unsere Partei immer fair begleiteten und auch denjenigen, die dies zwar nicht wollten, aber immerhin mich fair begleiteten, will ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, meinen Freundinnen und Freunden und meinen Angehörigen, die ich heute hier begrüßen darf, vor allem meiner Schwester Gabriele, meiner langjährigen Partnerin Andrea in dieser Zeit, meiner vorherigen Partnerin Monika, meinen Kindern Anna, George und Daniel, euch und ihnen allen ein Wort sagen: Danke!

„Bürgerschaftsreferendum“ beschlo

HAMBURG. Die BR Deutschland bewirbt sich mit dem Austragungsort Hamburg für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024/2028. Die Bürgerschaft hat sich bereits im letzten Jahr mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linksfraktion für die Bewerbung entschieden. Bei Meinungsumfragen liegen seither die Olympiabefürworter vorne. Alle Bürgerschaftsparteien, auch Die Linke, waren damals dafür, dass die schlussendliche Entscheidung über die Bewerbung durch ein verbindliches Referendum gefällt wird. Nur: Die Bürgerschaft hat ein Jahr verstreichen lassen, ohne die dazu notwendige Verfassungsänderung – ein einfaches Gesetz würde Senat und Bürgerschaft nicht binden – auszuarbeiten. Nach der Konstituierung der neuen Bürgerschaft und der Bildung der SPD/Grünen-Koalition wurde deshalb im Hauruckverfahren eine Verfassungsänderung ausgearbeitet, Anfang Mai in erster Lesung und Ende Mai endgültig verabschiedet, die es in sich hat.

Schon im Wahlkampf waren vor allem aus Kreisen von CDU und zunehmend der SPD heftige Angriffe auf Mehr Demokratie e.V. festzustellen. Hintergrund: Mehr Demokratie strebt einen Volkentscheid über eine Bezirksreform an mit dem Ziel, die Rechte der in Hamburg schwach verfassten Bezirke zu stärken und die Einheitsgemeinde aufzulösen, d.h. die kommunalen und die Landesaufgaben zu trennen. Das ist ein langer Konflikt in Hamburg, der auch Die Linke spaltet. Dieser sich zuspitzende Konflikt dürfte auch der Grund sein, dass anders als in den letzten Jahren SPD, CDU und Grüne in der Frage eines Referendums und der dazu notwendigen Verfassungsänderung nicht die Diskussion mit Mehr Demokratie, nicht eine Verständigung suchten, sondern die Gelegenheit des Olympia-Referendums nutzten, um einen Angriff auf die bisherigen Errungenschaften der direkten Demokratie einleiteten.

Wir dokumentieren im Folgenden die Rede, mit der die Linksfraktion in der ersten Lesung am 6. Mai ihre wichtigsten Kritikpunkte darlegte. Auch die FDP kritisierte die Verfassungsände-

rung scharf, die AfD hingegen unterstützte sie. Die Linke hat einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt: in die Verfassung sollte ein *einmaliges* Referendum zu Olympia aufgenommen werden, damit die komplexen und vielfältigen Fragen, die mit der Einführung des Instruments Referendum verbunden sind, zu einem späteren Zeitpunkt ausführlich erörtert und möglichst einvernehmlich gelöst werden können. Es gibt tatsächlich keinen *guten* Grund, eine so weitreichende, kaum rückholbare Verfassungsänderung putschartig durchzusetzen. Mehr Demokratie startete nach der ersten Lesung eine Online-Petition, die innerhalb weniger Tage über 50 000 Menschen bundesweit unterzeichneten und damit Wirkung erzielten: SPD, Grüne und CDU nahmen mit dem Ausführungsgesetz einige Kritikpunkte auf. Es würde zu weit führen, die im Großen und Ganzen akzeptablen, aber nicht ausreichenden Regelungen hier aufzuführen. Tatsache ist, dass ein Ausführungsgesetz, das mit einfacher Mehrheit verabschiedet und geändert werden kann, eine schlechte Verfassungsänderung, die nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit zurückgeholt werden kann, nicht korrigieren kann.

Die Bürgerschaft wird das Referendum Anfang Juli beschließen. Es soll dann Ende November stattfinden, zu einem Zeitpunkt, zu dem es nicht annähernd einen realistischen Kostenplan geben wird. Die Bürgerschaftsmehrheit hat sich durch ihr Vorgehen einiges an Misstrauen eingehandelt und Menschen, die sich an dem Verfahren stören, zu den Olympiagegnern getrieben. Mehr Demokratie hat inzwischen zwei Volksinitiativen angemeldet und mit der Unterschriftensammlung begonnen: für einen Gesetzentwurf „Rettet den Volksentscheid“ und für einen Gesetzentwurf für ein „Lex Olympia“. Mit der ersten sollen die in den letzten Jahren erkämpften Volksabstimmungsrechte verteidigt werden. Bei einem Erfolg der zweiten Initiative müsste ein erneutes Referendum zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden, etwas, was SPD, Grüne und CDU unbedingt verhindern wollten.

Christiane Schneider

Direktdemokratische Beteiligung wird unterlaufen

„Heute (7.5.2015) entscheidet die Bürgerschaft über eine Verfassungsänderung von erheblicher Bedeutung. SPD, Grüne und CDU behaupten, es gehe mit ihrem Antrag auf die Verankerung eines Bürgerschaftsreferendums in der Hamburger Verfassung um ein Mehr an Bürgerbeteiligung. Wir von der Linken sagen: Nein, das ist nicht richtig. Es geht um einen Angriff auf die in Hamburg im Bundesvergleich recht weit entwickelte

direkte Demokratie. Es geht um ihre Aushöhlung, um die Möglichkeit, direktdemokratische Beteiligung in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu unterlaufen. Deshalb stimmen wir dem Antrag von SPD, Grünen und CDU nicht zu und haben einen eigenen Vorschlag unterbreitet.

Die BILD bringt das Mehrheitsvorhaben in ihrer unnachahmlich demagogischen Art so auf den Punkt: Die SPD habe

ssen – ein Schachzug gegen die direkte Demokratie

das Hamburg-Referendum zu Olympia „sehr clever zum Anlass genommen, einen generellen und eben nicht auf die Olympia-Frage beschränkten ‚Volksentscheid von oben‘ auf den Weg zu bringen. (...) Mit dem Hintergedanken, dass man damit künftig Brandt und seine dauer-nörgeligen Mitstreiter (gemeint ist Mehr Demokratie – CS) quasi mit eigenen Waffen schlagen kann. Nach dem Motto: Wer das Thema besetzt, hat schon mal die halbe Miete eingefahren.“ Die BILD fährt hämisch fort: „Bemerkenswert: Das tragen sogar die Grünen mit, die sonst so gut wie immer hinter Brandt hergelaufen sind, um auch ja keinen der eigenen Wähler zu verprellen. Erklärung für den Grünen-Umfaller (der wenigstens in die richtige Richtung geht!): Wer mitregiert, sieht ständige Volksini-Querschüsse womöglich deutlich kritischer ...“

Wir haben uns unsere Entscheidung nicht leichtgemacht. Wir haben uns an der Debatte im Verfassungsausschuss beteiligt und auch die eine oder andere Verbesserung des ursprünglichen Entwurfs mit bewirkt.

Nicht nur, weil wir für ein verbindliches Referendum zu Olympia wollen, und zwar in einem fairen Verfahren.

Nein, wir finden richtig und notwendig, dass bei Entscheidungen von grundsätzlicher und gesamtstädtischer Bedeutung das Wahlvolk das letzte Wort haben soll. Und zwar im Sinne eines Zugewinns an Gestaltungsmacht „von unten“.

Wir sehen in dem nun zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung weder ein faires Verfahren gewährleistet noch einen Zugewinn an Gestaltungsmacht „von unten“.

In dem nicht einmal drei Wochen dauernden Schnellverfahren von der Vorlage des Entwurfs am 17. April über die Sachverständigenanhörung am 22. April und die Auswertung am 28. April bis zur heutigen 1. Lesung ist ein Gesetzentwurf herausgekommen, dessen Tragweite viele HamburgerInnen gerade erst zu verstehen beginnen und die Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, vielleicht noch überhaupt nicht verstanden haben. Wenn doch, wenn die BILD Recht hätte, wär's umso schlimmer.

Seit den 90er Jahren hat die direkte Demokratie in Hamburg Fahrt aufgenommen. In vielen Fällen wurde das Verfahren nicht bis zur letzten Stufe durchgeführt, z.T. weil die notwendigen Unterschriften nicht erreicht wurden. In einigen Fällen kam es im Laufe des Verfahrens zu Kompromissen. Ein erfolgreicher Volksentscheid gegen die Privatisierung des LBK wurde vom damaligen CDU-Senat kassiert. Im Fall

der Schulreform 2010 hat uns der Ausgang zwar überhaupt nicht gefallen, wir haben ihn kritisiert, aber akzeptiert. Im Fall des Netzerückkaufs haben sich die HamburgerInnen für den Netzerückkauf und gegen die vom Senat und einer breiten Bürgerschaftsmehrheit gewollte 25,1%-Beteiligung entschieden.

In Zukunft dürfte es äußerst schwer werden, Volksabstimmungsverfahren, die Fragen von grundsätzlicher, hamburgweiter Bedeutung berühren, überhaupt zu Ende zu führen. Jedenfalls dann, wenn's dem Senat nicht passt. Denn Senat und eine Große Koalition der Bürgerschaft können zu einem frühen Zeitpunkt, bevor die erste Stufe, die Volksinitiative, abgeschlossen oder auch wenn sie gerade abgeschlossen ist, in das Verfahren reingrätchen.

„Wer das Thema besetzt, hat schon mal die halbe Miete eingefahren“

Eine Volksinitiative zu einer Frage hamburgweiter Bedeutung wird eingeleitet, Senat und sagen wir SPD, Grüne und CDU wittern Gefahr für die eigenen Absichten und wollen einen Erfolg der Initiative verhindern. Sie arbeiten eine entsprechende andere Vorlage aus, die Bürgerschaft beschließt ein Referendum darüber, bevor die Volksinitiative ihre 10.000 Unterschriften zusammen hat oder bevor die Zulässigkeit der Volksinitiative festgestellt ist – dann kann sie ihren Vorschlag in die Tonne treten. Im Fall des Netzerückkaufs wäre beim Volksentscheid die Alternative dann nicht gewesen: 100% Rückkauf oder 25,1%, sondern 25,1% Rückkauf ja oder nein. Die Alternative also nicht 25,1% oder 100%, sondern 25,1% oder nix.

Die Volksinitiative wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch dann ausgeschaltet, wenn sie die nötigen Unterschriften gesammelt hat und zulässig ist. Sie hat dann nämlich nicht, wie in der Verfassung vorgesehen, eine Frist von vier Monaten, um einen Kompromiss mit der Bürgerschaft zu finden und gleichzeitig die Debatte in der Stadt zu entwickeln. Diese vier Monate zur Vorbereitung der zweiten Stufe, des Volksbegehrens, werden auf zwei Wochen verkürzt, und nach den 2 Wochen, also quasi aus dem Stand, muss die Initiative innerhalb von 21 Tagen um die 65.000 gültige Unterschriften für ein Volksbegehren sammeln. Nur dann kann sie ihr Anliegen als „Gegenvorlage“ mit zur Abstimmung stellen. Wer einmal ein Volksabstimmungsverfahren aktiv mitgemacht hat, weiß, dass das praktisch unmöglich ist. So schnell sind die personellen und finanziellen Ressourcen für eine hamburgweite Kampagne nicht

zu schaffen. Dagegen stehen dem Senat fast unbegrenzte personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen, um seine Sache mit voller Kraft in die Öffentlichkeit zu tragen und für sie zu werben. Wie schrieb die BILD? „Wer das Thema besetzt, hat schon mal die halbe Miete eingefahren.“

Die Ungleichheit der Waffen lässt einer Volksinitiative angesichts dieser Fristen keine Chance. Ihr Anliegen wird ihr aus der Hand genommen und womöglich in sein Gegenteil verkehrt. Die Rechte von VolksinitiatorInnen werden mit dieser geplanten Verfassungsänderung geschwächt. Es gibt keinen Zugewinn an Gestaltungsmacht „von unten“, sondern einen gravierenden Verlust.

Ein zweiter Punkt, der den Entwurf für uns inakzeptabel macht, ist die Sperrfrist. Das möchte ich am Beispiel des Referendums zu Olympia nur kurz darlegen:

Eine Sperrfrist sichert Entscheidung ohne solide Entscheidungsgrundlage

Der Senat wird bis zum Zeitpunkt des Referendums im November 2015 keine belastbaren Zahlen für die Kosten der Olympischen und Paralympischen Spiele vorlegen. Damit gibt es keine solide Entscheidungsgrundlage. Wenn dann zwei, drei Jahre später die vorgelegten Zahlen durch die Realität überholt sind, die zu erwartende Kostenexplosion sich abzeichnet, dann ist es unmöglich, die Entscheidung durch Einleitung eines Volksabstimmungsverfahrens zurückzuholen. Das ginge konkret frühestens mit der neuen Legislaturperiode Frühjahr 2020, die Durchführung eines Volksentscheids wäre dann frühestens 2022 vorstellbar. Abgesehen davon, dass der Termin der Bundestagswahl 2021 verpasst wäre, ist es praktisch unmöglich, ein weit gediehenes Großprojekt in einer so späten Phase zu stoppen. Diese Sperrfrist ist für uns nicht akzeptabel.

Wir tragen diesen beiden zentralen Kritiken mit unserem eigenen Antrag Rechnung: Wir wollen ein verbindliches Referendum zu Olympia in einem fairen Verfahren und keinen Schnellschuss mit weitreichenden, praktisch unübersehbaren Konsequenzen für die direkte Demokratie.

Wenn wir uns jetzt auf dieses einmalige Olympia-Vorhaben beschränken, verschaffen wir uns zugleich Zeit, die Frage weiterer direktdemokratischer Regelungen ausführlich und unter Einbeziehung von Mehr Demokratie zu erörtern.“

(Redebeitrag Christiane Schneider in der Hamburger Bürgerschaft am 7.5.2015)

Inhalt

Aktuell	2
Wohlfahrtsverband: Sanktionen abschaffen • Schlechte Nachrichten	
G 7-Alternativgipfel: „Die Zeit ist reif für globale Gerechtigkeit“	3
HDP zieht mit 82 Abgeordneten ins Parlament – Erdogans AKP verliert absolute Mehrheit	4
Europa: Bessere Rechtsetzung und Deregulierung	5
Auslandsnachrichten	6
Rote-Karte-Aktion vor dem Fifa-Kongress • IG Metall warnt vor Abbau von Arbeitnehmerrechten in Europa • Großbritannien: Bahnstreik ausgesetzt • Polen: Organisierung prekär Beschäftigter • Türkei: Chemiearbeiter erfolgreich im Streik • Myanmar: Erste Konferenz der Hotelangestellten • Kolumbien: Gewerkschafter bringt Ölmulti vor Gericht • Brasilien: Streikerfolg der Volvo-Belegschaft	
Aktionen ... Initiativen	8
Blockade Atomwaffenstandort Büchel • Keine militärischen Operationen im Internet! • Seenotrettung kann nur ein Anfang sein • Zeigen wir's der Atom-müll-Kommission! • Berliner MieterInnen gegen Deutsche Wohnen AG • Altersdiagnostik bei jugendlichen Flüchtlingen: Röntgen erlaubt? • Zahlreiche Unternehmen treten endlich dem Textilbündnis bei • Kundgebung für die Ehe-Öffnung vor dem Bundesrat • Sozialgericht Gotha: Hartz IV Sanktionen verfassungswidrig	
Köln: Chance für eine progressive, linke Mehrheit im Kölner Rat	10
Bundesregierung muss Energiearmut bekämpfen! Große Mehrheit für rot-grüne Resolution an Bund	10
Die Offene Ganztagsgrundschule – wachstumsfreudig, aber qualitätsarm	10
Grabenkrieg eskaliert – Pro NRW demontiert sich selbst	11
Kommunale Politik	12
Unterbringung von Flüchtlingen in Harvestehude: „Das darf nicht das letzte Wort bleiben!“ Hamburg. • Die Linke will keine Sperrklausel für Kommunalwahl: Essen. • Schulbusse müssen Sicherheitsstandards erfüllen: Dortmund. • Kommunale Gesundheitskarte für Flüchtlinge und Asylsuchende: Saarbrücken. • Keine Perspektive für Bremerhaven – SPD und CDU bereiten große Koalition vor. • Freiburger Quotenbeschluss zu Mietwohnungen – ein gutes Signal! Karlsruhe. • Humanitäre Unterstützung für den Wiederaufbau von Kobanê: München. • Hoher Investitionsstau bei kommunaler Infrastruktur: Berlin.	
Billig, billiger, Deutsche Post AG	14
Jetzt auch in München: Die „GroKo“ will Sonntagsarbeit im Handel	15
Wirtschaftspresse	15
Linke-Parteitag „Macht aus allem was draus!“	16
Abschiedsrede Gregor Gysi	17
„Bürgerschaftsreferendum“ beschlossen – ein Schachzug gegen die direkte Demokratie	23

Vitalij Dudin, Rechtsanwalt des Kiewer Zentrums für Sozial- und Arbeitsforschung, eines Partners der RLS, schreibt in einem Kommentar für das online Magazin The Insider:

Eine Einschränkung der Demokratie finde sowohl in den selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk (DNR) und Luhansk (LNR), als auch in der übrigen Ukraine statt.

Der Entwurf Nr. 2765 „Erklärung über den Rücktritt der Ukraine von Verpflichtungen der Menschenrechtskonvention, des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und der Europäischen Sozialcharta“ wurde Ende April 2015 eingereicht. Der Entwurf erklärt, dass der Krieg mit Russland, der im offiziellen Sprachgebrauch immer noch „Anti-Terror-Operation“ (ATO) heißt, mit der Einhaltung der Menschenrechte nicht zu vereinbaren sei.

Kurz vor dem Tag des Sieges über das faschistische Deutschland am 9. Mai wurde der Entwurf plötzlich zurückgenommen. Dann, zwei Wochen später, aber erneut eingebracht und so gleich mit 249 Stimmen verabschiedet. Gemäß der ukrainischen Verfassung darf der Staat diese Rechte aber erst eingrenzen, wenn der Ausnahme- oder Kriegszustand ausgerufen worden ist.

Zu weiteren zweifelhaften Initiativen zählen die Juristen die Gesetzentwürfe über die Bestrafung der Bestechung von Teilnehmenden an Massenaktionen (eingereicht von Vertretern von Narodnyj Front und Petro-Poroshenko-Block am 16. April) und über die Kriminalisierung von Aufrufen zum Boykott der Einberufung (eingereicht von einem Vertreter der Batkiwischyna-Partei Julia Tymoschenkos am 15. Mai).

Noch restriktiver ist das Gesetz „Über die Verurteilung des kommunistischen und des national-sozialistischen (nazistischen) Regimes“, mit welchem die Herstellung und öffentliche Verwendung der Symbolik beider Regimes mit bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug bestraft werden kann.

Auf der anderen Seite der Frontlinie, im sogenannten „Novorossia“, sei die Lage der Demokratie noch schlimmer, schreibt Vitalij Dudin. Hier kritisiert er vor allem das Gesetz „Über Versammlungen, Demonstrationen, Proteste und Pickets“ in der DNR, das von einem ähnlichen Gesetz der Russischen Föderation abgeschrieben worden ist. Das Gesetz richtet sich gegen die Organisatoren von Protestaktionen.

Der ostukrainische Menschenrechtler Pavlo Lysianskyi von der NGO „Öffentliche Kontrolle der Arbeit“ weist darauf hin, dass die DNR auch auf die Gewerkschaften starken Druck ausübt. Mit einem weiteren Gesetzentwurf soll es zukünftig erst ab 50 Mitgliedern erlaubt sein, eine Gewerkschaft zu gründen. Nach bisherigem ukrainischem Recht war dies bereits ab drei Mitgliedern möglich.

Es entsteht der Eindruck, dass Politiker beider Seiten einen Wettbewerb im Autoritarismus führen. Angriffe auf die Menschenrechte dienen nur einer besseren Kriegführung. Zur Konsolidierung und Einheit der Ukraine kann nur die Stärkung von Demokratie und Gerechtigkeit beitragen. So das Fazit von Vitalij Dudin.

Zusammenstellung und Übersetzung: Nelia Vakhovska

leicht gekürzt; vollständig unter: www.rosalux.de

Informationen zur linken Sommerschule 2015

Die Sommerschule 2015 beginnt am **Donnerstag, 6.8. (14 Uhr), und dauert bis Samstag, 8.8. (18 Uhr)**. An einem Abend wird die ArGe-Mitgliederversammlung stattfinden. Dies bitte bei den Seminarzeiten berücksichtigen.

Wir tagen erneut in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 5 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Die Kosten für Ü/F betragen 31 Euro/Tag und Person. Bettwäsche ist vorhanden, **bitte Handtücher mitbringen**. Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Um die Anzahl entsprechend der Anmeldungen anpassen zu können, bitte wir euch um **Anmeldungen bis 1. Juli** und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 9. Juli 2015.

Redaktionsschluss: Freitag, 3 Juli.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2015:

6. August, 1. Okt., 29. Okt., 26. Nov., 23. Dez.